

## **GENERALDEBATTE**

### **ÖVP**

#### **Gemeinderätin Daniela G M E I N B A U E R**

Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, lieber Gemeinderates, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie!

Einen besonders schönen guten Morgen darf ich Ihnen heute wünschen. Es ist mir eine Ehre, vor Ihnen stehen zu dürfen, um Ihnen den Voranschlag für die Jahre 2015 und 2016 näherzubringen.

Bevor ich ins Detail gehe, möchte ich es nicht verabsäumen, mich beim für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Stadtrat Gerhard Rüschi und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken. Sie haben in den vergangenen Wochen einen wahren Kraftakt vollbracht und mit viel Einsatz und Akribie ein Zahlenwerk erstellt und gestaltet, das uns den Weg für die kommenden Jahre skizzieren sollen (*Applaus ÖVP*). Besonders zu erwähnen sind hier stellvertretend für alle jene, die in die Planungen involviert waren Herr Finanzdirektor Dr. Karl Kamper und unser Budgetreferent Michael Kicker, vielen herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

Ein Doppelbudget ist – wie es der Name schon vermuten lässt – natürlich eine besondere Herausforderung, soll es doch einen weiteren und dennoch scharfen Blick in die Zukunft zulassen, aber dabei dennoch nicht die Pfade der Seriosität verlassen. Für die Stadt Graz und für seine Bürgerinnen und Bürger bedeutet ein Doppelbudget jedenfalls Verlässlichkeit und Sicherheit. Für uns als politische Mandatäre bedeutet es, dass wir in unserer Arbeit längerfristig Stabilität, Sicherheit und Kontinuität gewährleisten können.

Das bringt mich auch schon zum Punkt.

Aus meiner Sicht – wie Sie wissen, bin ich Unternehmerin – kann man diesen Voranschlag als PPP-Budget bezeichnen. Sie alle haben schon von PPP-Projekten gehört. Die drei harten P stehen bekanntlich für Public-Private-Partnership. Also eine Kooperation zwischen öffentlichen Institutionen und privaten Investoren, um

erfolgreich ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Auch als Stadt Graz können wir sagen, dass wir genau dieses Ziel verfolgen. Nur, möchte ich diese drei Ps etwas anders interpretieren: das erste P steht für Pflichtbewusstsein, das zweite für Planungssicherheit und das dritte für Partnerschaft.

Ich darf mit der Planungssicherheit beginnen:

Da es in einer Firma genauso wie in einer Gebietskörperschaft essentiell ist, exakte Planungen anzustellen, damit am Ende der Erfolg stehen kann. Planungssicherheit ist die Basis schlechthin für erfolgreiches Wirtschaften, nicht umsonst reden erfolgreiche Menschen und ausgewiesene Experten unisono davon, dass man für Planungen eben so viel Zeit aufbringen muss wie für die Ausführung. Der Berufsstand der Architekten bietet sich hier als ein Vorbild und Sinnbild für professionelle Planungen an: jene, die das Doppelbudget 2015/2016 geplant haben, dürfen sich durchaus als Architekten einer positiven Grazer Zukunft fühlen.

Das zweite P wie Pflichtbewusstsein symbolisiert für mich den Weg, dem wir uns verpflichtet fühlen: Einerseits mit jenen Ausgaben, die eine Stadt nun einmal zu bewältigen hat und wo wir den begonnen Sparkurs fortsetzen wollen. Und das bei Aufrechterhaltung der Sozialleistungen durch die Stadt: Die Bereiche Arbeit und Jugendwohlfahrt sind hier besonders zu nennen, schließlich liegt es zu einem Teil auch in der Verantwortung der Stadt, der Jugend und den arbeitswilligen Menschen Zukunftsperspektiven anbieten zu können (*Applaus ÖVP*).

Andererseits meine ich mit Pflichtbewusstsein aber auch die unzähligen Projekte und Vorhaben, die die Stadt aus freiem Willen leistet und die nachhaltig Wachstum sicherstellen sollen. Hier sind als herausragende Projekte die im Zusammenhang mit der Entwicklung des Reininghaus-Areals und der Smart City sowie auch der Bau des Südgürtels zu erwähnen. Und weil wir uns als Stadt die Pflicht auferlegt haben, für ältere und gebrechliche Menschen da zu sein, erlaube ich mir hier als ein leuchtendes Beispiel eines Eigenbetrieb die GGZ zu nennen.

Dass mit Jahresbeginn 2015 ein weiterer Eigenbetrieb der Stadt Graz startet, ist uns bekannt, nämlich Graz Wohnen. Dies ist ebenfalls ein Indiz dafür, dass wir unsere Hausaufgaben erledigen.

Ich komme nun zu meinem dritten P, der Partnerschaft: Wenn man über mehrere Wochen Budgetgespräche führt und mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen zusammensitzt, dann zeigen sich meist recht rasch auch die Grenzen einer Partnerschaft. Deshalb möchte ich an dieser Stelle meinen Dank an die konstruktiven Kräfte in der Stadt richten – selbstverständlich an unser Team mit Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl an der Spitze und an unseren Stadträte Gerhard Rüscher, Kurt Hohensinner (*Applaus ÖVP*). Explizit geht mein Dank auch an die SPÖ unter Vizebürgermeisterin Martina Schröck, die von Anfang an eine konsensorientierte Linie verfolgt hat sowie an die KPÖ mit Stadträtin Elke Kahr, die sich zu einem Doppelbudget bekannt und der Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger den Vorrang gegeben hat. Vielen Dank (*Applaus ÖVP*).

Aber in den Begriff Partnerschaft interpretiere ich nicht nur die Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien im Rathaus hinein, sondern meine damit auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Diensten der Stadt tätig sind.

Und: Partnerschaft bedeutet für mich auch das Zugehen auf die Bürgerinnen und Bürger, das Hören ihrer Anliegen, kurzum, dass man sich in seiner Aufgabe als Mandatar stets vergegenwärtigt, für wen man arbeitet und von wem man gewählt wird (*Applaus ÖVP*).

Zum Status quo unseres Budgets:

Die Stadt Graz ist seit einigen Jahren mit einem starken, um nicht zu sagen rasanten, Wachstum konfrontiert: Pro Jahr sind es zwischen 3.000 und 4.000 Menschen, die sich für Graz als neue Heimat mit Hauptwohnsitz entscheiden. Dies stellt die Politik, die Stadtplanung, aber auch die Bewohnerinnen und Bewohner vor große Aufgaben.

Denn dieses Wachstum ist ressortübergreifend, es betrifft ja eigentlich alle Lebensbereiche – die Aufgabe der Stadt Graz ist es, die Infrastruktur diesem Wachstum möglichst anzupassen: Wachstum beginnt im wahrsten Sinne des Wortes „von klein auf“ wie zum Beispiel bei der Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen, welche die Stadt in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut hat und weiter ausbauen wird, führt weiter zum Schulausbauprogramm, das in den kommenden Jahren intensiviert wird und reicht hin bis zu Versorgungseinrichtungen für die ältere Generation – der Eigenbetrieb Geriatriische Gesundheitszentren wurde dahingehend von mir ja bereits positiv erwähnt.

Starkes Wachstum bedeutet aber auch höhere Kapazitäten und insgesamt mehr Platz für Menschen. Und anhand des Wachstums tut sich auch der größte Widerspruch und zugleich die größte Herausforderung auf, die auf die Grazer Stadtpolitik wartet: Immer mehr Menschen benötigen immer mehr Wohnraum und Infrastruktur und somit zeitgleich mehr Raum – auch für Bewegung und Erholung. Das alles soll bei stark beschränktem Platzangebot funktionieren – die Gemeindegrenzen sind ja nicht verschiebbar, auch wenn wir uns das wünschen würden, aber wenn ich das gerade anspreche, vielleicht sollten wir darüber einmal nachdenken.

Mit unserem Doppelbudget ist die Zielrichtung vorgegeben, all diese Kriterien, Wünsche, Pflichten und Ansprüche bestmöglich unter einen Hut zu bringen: Da mehr Wohnraum, damit die Wohnungspreise und Mieten sich nicht weiter verteuern, die Stadt Graz wird auch wieder selbst als Bauträger für Gemeindewohnungen auftreten, dort mehr Grünflächen, damit Graz seinen Bewohnerinnen und Bewohnern weiterhin genügend Freizeitoasen bietet. Da werden verbesserte Angebote an öffentlichen Verkehrsmitteln gefordert, dort ausreichend Wege für den Individualverkehr, damit die Mobilität erhalten bleibt. Da werden mehr Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen benötigt, dort gilt es, Impulse für den Arbeitsmarkt zu setzen. Da ist mehr Angebot im Gesundheits- und Pflegebereich gefragt, dort wird der Wunsch nach stärkerem Sport- und Kulturangebot laut. Da gilt es, Flüchtlingen eine

menschenwürdige Unterbringung anzubieten, dort ist die Erhaltung und Attraktivierung des touristischen Angebotes ein wichtiges Ziel. Da ist die Stärkung des Zentrums als Herz einer Stadt gefragt, dort müssen Anreize für Betriebsansiedelungen auch an den Randgebieten geschaffen werden. Da sind Möglichkeiten für eine noch bessere Integration von Zuwanderern zu entwickeln, dort gilt es Maßnahmen gegen die Armutsfalle zu treffen.

Diese Gegenüberstellung ließe sich noch weiter verlängern, der Bogen lässt sich wie gesagt über alle Ressorts spannen, kein Lebensbereich ist davon ausgenommen und scheinbar Widersprüchliches muss zusammengehen.

All diese Herausforderungen gilt es unter nicht gerade einfachen Rahmenbedingungen zu lösen: Wir bewegen uns weiterhin in wirtschaftlich turbulenten Zeiten, manche sprechen davon, wir stehen am Rande einer Rezession. Diese macht sich bei jedem und jeder Einzelnen bemerkbar, wenn zum Beispiel bei immer mehr Menschen am Ende des Geldes immer mehr Monat übrig bleibt. Oder zynisch könnte man meinen, dass die Inkasso-Büros florieren und dafür viele kleine Betriebe dahinvegetieren, und die Privat- und Firmenkonkurse zunehmen.

Geht man mit offenen Augen durch unsere Stadt, dann stellt man fest, dass es eine großartige Stadt mit unglaublich hoher Lebensqualität ist. Das bestätigten uns auch die jüngsten Umfragen: Unter 80 EU-Städten schneidet Graz hervorragend mit dem 14. Platz ab. Dies, weil mehr als 90 Prozent der befragten Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrer, mit unserer Stadt äußerst zufrieden sind. Mit der Gesundheitsversorgung, mit den Bildungseinrichtungen, mit dem Kulturangebot, und den vielen Möglichkeiten, die Graz zu bieten hat. Das ist keine platte Schönfärberei, die wir hier betreiben, sondern das ist das Resultat seriöser und intensiver Befragungen und somit ein Befund über das subjektive Befinden unserer Bevölkerung.

Und dazu kommen noch die vielen touristischen Attraktionen, Einrichtungen und Angebote, um die uns andere zu Recht beneiden.

Dennoch gerät auch in unserer Stadt zuweilen Sand ins Getriebe, sodass der Wirtschaftsmotor an Drehzahl einbüßt. Etwa wenn immer mehr Unternehmen unter

Druck geraten. Der Handel – oft und gerne als Barometer für den Wohlstand herangezogen – liefert uns da leider recht häufig eindruckliche Beispiele. Wenn ich etwa die unzähligen leer stehenden Geschäftslokale mit den kahlen Schaufenstern sehe, während Shopping Centers außerhalb, am Rande unserer Stadtgrenzen Expansionspläne hegen. Dann muss man sich fragen, wie man diesen Entwicklungen Einhalt gebieten kann. Eine Stadt sollte doch von innen nach außen pulsieren und dabei die Randbezirke mitleben lassen und nicht umgekehrt.

Wir werden viele Visionen und großen Einsatz brauchen, um hier eine Trendwende zu bewirken, aber ich bin guten Mutes, dass das zu schaffen ist (*Applaus ÖVP*). Daher bekennen wir uns gerade in einer fordernden Phase ausdrücklich zu Investitionen, die dazu beitragen werden, derartige Schwierigkeiten zu überwinden.

Nun zur Opposition:

Umso entbehrlicher ist es, wenn Politik aus Selbstzweck betrieben wird. Auch in jedem Unternehmen, in jeder Familie heißt es in schwierigen Tagen zusammenrücken, die Eitelkeiten beiseite schieben und die Kräfte zu bündeln, um die Herausforderungen anzugehen.

Einzig in der Politik scheinen diese Gesetzmäßigkeiten manchmal außer Kraft gesetzt zu sein. Hier scheint es geradezu system-immanent zu sein, das Trennende vor das Verbindende zu stellen, um sich voneinander abzugrenzen. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang, noch ein paar Worte zu den Budgetgesprächen zu verlieren, die ja im Vorfeld unseres heutigen Beschlusses mit hoher Intensität geführt wurden.

Mit der Seriosität manches Verhandlungspartners scheint es leider nicht allzu weit her zu sein. Wenn etwa die Grünen in den Gesprächen unerfüllbare Bedingungen stellen, die von keiner anderen Partei, geschweige denn von Mehrheiten in der Bevölkerung, getragen werden, um dann wenige Tage später bei einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit bewusst Falschaussagen aufzutischen, dann kriegt man das Gefühl, dass es am Willen für einen gemeinsamen Weg mangelt oder womöglich gar an Aufrichtigkeit, welche die Grünen so oft und gerne für sich

reklamieren. Bei allem Verständnis für parteistrategische Anliegen ist es eben manchmal auch nötig, über den eigenen Schatten zu springen. Dass man einem – einst von den Grünen heftig geforderten – vergünstigten Öffi-Ticket die Zustimmung verwehrt, lässt ja doch tief blicken.

Was die FPÖ und deren Vorsitzender im Arbeitsübereinkommen 2013 unterschrieben haben, scheinen selbige entweder vergessen, verdrängt oder bei der Unterzeichnung nicht genauer durchgesehen zu haben.

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Ist von der ÖVP gebrochen worden.***

GR.<sup>in</sup> **Gmeinbauer:** Aus gekränkter Eitelkeit und parteipolitischem Kalkül eine Zusammenarbeit zu kündigen – nur weil man gegen die Übernahme des Thalersees durch die Stadt Graz ist und gerade guten Rückenwind aus der Bundespolitik ortet – zeugt von einer verantwortungslosen Auslegung des politischen Amtes (*Applaus ÖVP*). Vielmehr ist dazu gar nicht zu sagen, außer dass man rückblickend das Gefühl hat: schade um die vertane Zeit. Und außer einem Zitat, das hier gut passen würde: „Man ist entweder Teil der Lösung oder Teil des Problems.“ Wir haben uns für Ersteres entschieden. Dieser Spruch stammt übrigens von einem gewissen Michael Gorbatschow und der hat mit Sicherheit von den Grazer Grünen und der Grazer FPÖ noch nie etwas gehört, und doch passt er so gut für diese destruktiven Kräfte, egal welchem politischen Lager sie angehören.

Mir ist aber klar: es ist nun einmal auch ein Kennzeichen unseres politischen Systems, unterschiedlicher Meinung zu sein. Daher werden heute nicht alle Fraktionen diesem Doppelbudget zustimmen. Das respektieren wir, es ist ebenso legitim wie der

Umstand, dass sie über die ihnen zugedachten Mittel für ihre Ressorts zum Teil dennoch frei verfügen können.

Wir als Grazer Volkspartei, die seit Jahren für diese Stadt gestalterisch tätig ist, würden uns dennoch wünschen, dass auch jene Gruppen, die politisch und auch in der Sache nicht immer unserer Meinung sind, sich der Verantwortung stellen und diesem Budget zustimmen. Nicht nur, weil ich gerne meinen 3 Ps noch ein viertes P voranstellen würde: für Parteieneinigkeit – deshalb auch, weil das ein starkes Signal für den künftigen Kurs unserer Stadt wäre.

Ich darf noch einmal zum Schluss zu meinem PPP-Budget zurückkommen. Wir sehen also: Wachstum verpflichtet zu Investitionen. Das Budget 2015/2016 liefert jedenfalls die Voraussetzungen für eine ganze Reihe sinnvoller Investitionen, die letzten Endes die nötigen Impulse für die Wirtschaft auslösen. Einen geeigneten Rahmen, um den Kreislauf des Wachstums zukünftig aufrechtzuerhalten und somit den Wohlstand zu sichern.

Unser Pfad ist ein guter Mittelweg zwischen unabwendbaren Einsparungen und sinnvollen Investitionen. Dem Wachstum der Stadt wird auf allen Ebenen Rechnung getragen, ohne dass Kürzungen die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit dieser Stadt beeinträchtigen.

In diesem Sinne möchte ich Sie nochmals einladen, dem vorliegenden Doppelbudget zuzustimmen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

## **K P Ö**

### **Gemeinderätin Ingeborg B E R G M A N N**

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie!

Das Budget, das wir heute beschließen werden, hat bereits im Vorfeld dieser Gemeinderatsitzung für viel Aufregung und Unruhe gesorgt. Für meine Fraktion ist es erstmalig, dass wir diesem Budget unsere Zustimmung geben werden (*Applaus KPÖ*).

Es war auch erstmalig in diesem Haus, dass die KPÖ-Fraktion zu ernsthaften Gesprächen eingeladen wurde. Über die Hintergründe dafür darf sich jeder seine eigenen Gedanken machen.

Wir sind der Ansicht, dass die Grazer Bevölkerung uns gewählt hat, damit wir für sie und die Stadt so gut wie möglich arbeiten.

Die Erstellung dieses Budgets war für alle Beteiligten eine große Herausforderung, nicht nur für die Politik, vor allem auch für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Finanzdirektion. Hier gilt unser besonderer Dank unserem Budgetexperten Herrn Michi Kicker, der uns mit seinem exzellenten Wissen bei den Verhandlungsrunden immer begleitet hat und uns bei vielen Fragen auch geholfen hat (*Applaus KPÖ*). Vielen Dank auch an Herrn Finanzdirektor Dr. Karl Kamper für die Geduld. Nach jeder Gesprächsrunde mussten die neuen Vorschläge und Wünsche in Zahlen wieder gegossen werden, damit ein Überblick gewonnen werden konnte.

Der Dank gilt auch allen anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Finanzdirektion, im Stadtrechnungshof und in allen anderen Abteilungen. Ihre Arbeit und Unterstützung ist für uns Gemeinderäte ungemein wichtig, um überhaupt hier in diesem Saal Entscheidungen treffen zu können.

Warum hat sich die KPÖ entschlossen, dem Budget ihre Zustimmung zu geben?

1. Es war uns erstmals möglich, genauere Einsicht in das Gesamtbudget in diesem Haus zu erhalten.
2. Man war bereit, über unsere Vorschläge einmal ernsthaft zu reden und diese in Zahlen zu gießen
3. Wir konnten für uns feststellen, dass dieses Budget für 2015 und 2016 keine Luftschlösser und Prestigeausgaben beinhaltet.
4. Natürlich auch die Bereitschaft, für uns wichtige Projekte und Forderungen umzusetzen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass wir allem, was darin verborgen ist, unwiderrprochen unsere Zustimmung erteilen können. Vieles wurde von uns in der Vergangenheit scharf kritisiert und immer wieder in Frage gestellt, beziehungsweise haben wir vor Folgen und Auswirkungen immer wieder gewarnt.

Die Annahme, dass durch Ausgliederungen und Privatisierungen der Haushalt der Stadt Graz saniert werden kann und die Stadt deswegen weniger Schulden haben wird, ist leider bis heute nicht eingetroffen.

Bis heute wurde fast das gesamte Vermögen der Stadt in die GBG ausgegliedert, um Geld für die Stadtkasse zu lukrieren, trotzdem stehen wir heute genauso vor der Frage, wie wir alle Aufgaben in Zukunft finanziell bewältigen sollen. Es war eben nur ein kurzer Geldsegen ohne Nachhaltigkeit.

Im Gegenteil, die Aufgaben und Herausforderungen für die Stadt werden immer größer und umfangreicher. Die finanziellen Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, reichen einfach nicht aus.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Stadt trotz großer Anstrengungen und Einsparungen in der Vergangenheit im Verwaltungsbereich auch, wie zum Beispiel bei Nulllohnstunden beim Personal, bei der Aufgabenkritik, bei jährlichen Eckwertkürzungen, bei der Abschaffung von Doppelgleisigkeiten und bei der Ausgliederungen von Personal das Ruder nicht herumreißen kann.

In den Verhandlungen hat sich auch gezeigt, dass der vorgegebene Stabilitätspakt unter den heutigen Rahmenbedingungen in Zukunft nur mit gewaltigen Einschnitten bei Leistungen und mit Belastungen großen Ausmaßes für die Bevölkerung einzuhalten ist. Dies wird auch besondere Auswirkungen auf die Lebensqualität in Graz haben.

Es stellt sich für uns die Frage, ob wir in Zukunft sehenden Auges an die Wand fahren oder ob rechtzeitig gegengesteuert werden kann und in welcher Form.

Graz ist, wie wir wissen, eine wachsende Stadt. Wachstum ist in der Vergangenheit immer wieder mit mehr Einnahmen in Verbindung gebracht worden, mit denen man glaubte, die Stadtfinanzen verbessern zu können und man war stolz darauf.

Diese Rechnung geht jedoch ebenfalls nicht auf, wie wir vor kurzem erfahren haben. Trotz steigender Einwohner wird die Stadt 2015 weniger Einnahmen aus den Ertragsanteilen bekommen. Dies verdanken wir der bisherigen Umverteilungspolitik von Bund und Land sowie einer Gemeindestrukturreform, die vieles, zum Beispiel den Finanzausgleich, anscheinend nicht berücksichtigt hat. Graz wird in diesem Fall die „Krot“ schlucken müssen.

Heute muss Wachstum auch von der anderen Seite betrachtet werden.

Wachstum bedeutet für Graz mehr Infrastruktur, mehr öffentlichen Verkehr, mehr Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, mehr Aufwand für Müll und Kanal, mehr Sozialausgaben, mehr Arbeitslose und vieles andere mehr. Dies muss auch alles in Zukunft finanziert werden.

Die Ausgaben werden steigen und dies hat nichts mit „über die Verhältnisse leben“ zu tun. Um in Zukunft alles bewältigen zu können, werden die Schulden zwangsläufig steigen, wenn an den finanziellen Strukturen nichts Grundsätzliches geändert wird.

Es gibt natürlich verschiedene Varianten, wie man sich dem Problem stellen kann. Die eine wäre der absolute soziale Kahlschlag und eine zusätzliche enorme Belastungswelle für die Bevölkerung, wie die FPÖ das ja propagiert. Die andere wäre aber, eine Umverteilung der finanziellen Mittel in Österreich zu verlangen und dafür auch mit Nachdruck einzutreten.

Damit wäre ich beim Finanzausgleich.

2015, wie wir alle wissen, werden die Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich beginnen, der die Weichen für die nächsten Jahre stellen wird. Es ist höchste Zeit, dass endlich die vielen Vorschläge und Konzepte, die bereits in den Schubladen liegen, auch wirklich umgesetzt werden.

Viele zentralörtliche Aufgaben, die die Stadt Graz leistet, hier vor allem die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, müssen auch Angelegenheit von Bund und Land sein.

In großen Ballungszentren wie Graz wird auch die soziale Verantwortung gegenüber der Bevölkerung immer größer werden. Auch dafür wird zunehmend mehr Geld benötigt werden.

Es muss in den Verhandlungen eindringlich darauf hingewiesen werden, dass unsere Stadt mehr Mittel für die anstehenden Aufgaben benötigt, um alle Herausforderungen für die Zukunft auch bewerkstelligen zu können.

Wir erwarten uns in dieser Angelegenheit auch vom Land Steiermark in diesen Verhandlungen mehr Unterstützung.

Es kann nicht sein, dass das Land Strukturveränderungen vornimmt und die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt außer Acht lässt.

Gerade in der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs wird es neue Wege brauchen.

Hier müssen in Zukunft alle Ebenen, ob Stadt, Land, Bund, aber auch die Umlandgemeinden, zusammenwirken.

Die Mobilität der Bevölkerung wird von allen immer wieder eingefordert, ob von der Wirtschaft oder auch von der Politik.

Die Menschen müssen immer weitere Wege zur Arbeit, zur Schule, aber auch zu Behörden und zur öffentlichen Verwaltung in Kauf nehmen. Ein städtisches, regionales und überregionales Verkehrskonzept, das gut zusammenspielt, inklusive Finanzierung, ist dringend notwendig.

Mit der günstigeren ÖV-Jahreskarte für alle Grazer und Grazerinnen ist ein neuer Schritt in die richtige Richtung von der Stadt gesetzt worden. Die KPÖ hat ja seit Jahrzehnten bereits günstigere ÖV-Tarife gefordert.

Viele internationale Beispiele, auch in der EU, beweisen, dass dies mit gutem Willen funktionieren kann. Der Preis der Tickets ist mit Sicherheit für viele Menschen wesentlich, um auf den ÖV umzusteigen (*Applaus KPÖ*). Dies hat durchaus positive Auswirkungen auf die Feinstaubbelastung, aber auch auf die Geldbörsen der Bevölkerung.

Es ist wichtig, auch im steirischen Verkehrsverbund in Zukunft für ein Umdenken zu sorgen und immer wieder dafür einzutreten.

Arbeit und Beschäftigung ist noch immer ein brisantes Thema in Graz und nicht nur in Graz. Viele Leute erhoffen sich, in der Stadt noch am ehesten eine Arbeit zu finden. Bereits bei meiner letzten Budgetrede im Jahr 2013 hatte ich die steigenden Arbeitslosenzahlen angesprochen, dies hat sich bis heute nicht verändert. Im Gegenteil, die Arbeitslosenrate in Graz schnellt in die Höhe. Auswirkungen hat dies nicht nur bei den Einnahmen und Ausgaben der Stadt. Immer mehr Menschen rutschen in die Armut. Betroffen davon sind jedoch nicht nur Arbeitslose, auch viele Menschen mit Beschäftigung sind zunehmend von Armut bedroht.

Auch Menschen des klassischen Mittelstandes kommen immer mehr in Bedrängnis. Sie fallen durch jeden Rost und zahlen überall die volle Länge. Von den jährlichen Lohnerhöhungen bleibt nichts übrig, im Gegenteil, die jährlichen Preissteigerungen sind höher als das zusätzliche Einkommen. Wie soll hier eigentlich unsere einheimische Wirtschaft wachsen?

Die größte finanzielle Belastung für Menschen - egal ob Familien, Pensionistinnen und Pensionisten oder Singles - sind inzwischen die Wohnkosten. Mieten, Betriebskosten, Energie, Kautionen und Gebühren steigen von Jahr zu Jahr, für viele sind Wohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt kaum mehr erschwinglich.

Dies zeigt sich auch an der immer längeren Warteliste bei Gemeindewohnungen. Längst sind es nicht mehr nur sogenannte „Sozialfälle“, sondern ganz normale,

fleißige Bürger und Bürgerinnen, die sich die extrem hohen Mieten am freien Wohnungsmarkt nicht mehr leisten können. Viel Gerede von verantwortlichen Politikern in allen Ebenen, wie wir sie in jüngster Vergangenheit gehört haben, hilft hier nicht weiter.

Daher ist es für uns besonders wichtig, dass die Stadt in diesem Doppelbudget ein Zeichen setzt und die Gebührenautomatik bei Müll und Kanal für zwei Jahre ausgesetzt hat. Sicher ist es nur ein kleiner Betrag, aber es ist auch für jene Menschen, die nicht in Gemeindewohnungen wohnen und die immer und überall den vollen Preis zahlen, nur weil sie ein paar Euro mehr verdienen.

Die Stadt braucht mehr Gemeindewohnungen. Dies ist ein Fakt. Nur der Bau von Wohnungen durch die öffentliche Hand kann ein Gegengewicht zum immer unverschämter agierenden Immobilienmarkt sein. Um neue Gemeindewohnungen bauen zu können, braucht es auch geeignete Grundstücke.

Nach dem Sonderwohnbauprogramm in der Periode 2008 – 2012 gab es bisher keine budgetierten Mittel zum Ankauf von Grundstücken. Daher ist es sehr positiv, dass in diesem Budget wieder Mittel dafür vorgesehen sind.

Mit einem neuen Wohnbaumodell der Stadt Graz soll es in Zukunft möglich sein, unabhängig von Wohnbaufördermitteln des Landes eigene städtische Wohnungen zu errichten, um den zunehmenden Bedarf abdecken zu können.

Der Kampf um Mittel aus dem Topf der Wohnbauoffensive des Bundes muss aufgenommen werden. Es kann nicht sein, dass Geld für leistbaren Wohnraum zur Verfügung gestellt wird und dieses dann auf Grund von nicht erfüllbaren Bedingungen nicht zur Auszahlung gelangen. Dies ist schlichtweg eine Sauerei.

Wichtig war für uns in diesem Budget, dass es keine linearen Kürzungen bei den Eckwertbudgets geben darf. Durch jahrelange Sparmaßnahmen sind einige Abteilungen bereits an der Grenze des Möglichen angelangt.

Um die Leistungen für die Bevölkerung aufrechtzuerhalten und den Arbeitsdruck für die Bediensteten nicht auszuweiten, ist es erforderlich, auch Möglichkeiten zu schaffen, bei Bedarf mehr Personal einzustellen beziehungsweise Nachbesetzungen von Posten vorzunehmen. Eine Automatik einzuführen, dass Posten grundsätzlich nicht nachbesetzt werden, ist für uns auf alle Fälle abzulehnen. Dies muss auch für alle Beteiligungen der Stadt gültig sein.

Jetzt wird uns von einigen hier vorgeworfen, ihr habt eure Forderungen umgesetzt bekommen und habt euch kaufen lassen.

Im Gegensatz von anderen Budgetverhandlern in der Vergangenheit waren uns durchaus auch die Budgets der übrigen Ressorts ein Anliegen. Hier geht es nicht um die politische Verantwortung der einzelnen Ressorts, sondern es geht um die Wichtigkeit der umzusetzenden Projekte für die Bevölkerung.

Nachdem das Investitionsbudget der Paktpartner ÖVP/SPÖ/FPÖ nicht bis 2017 gehalten hat, sondern bereits 2014 voll ausgeschöpft wurde und eigentlich keine Mittel mehr für die nächsten drei Jahre zur Verfügung stünden, war es nicht einfach, Spielraum für notwendige Projekte wie Schulausbau, ÖV-Infrastruktur, Soziales, Sport, Kultur, Gesundheit und anderes ohne Ausweitung der von den Paktpartnern festgelegten Schuldenobergrenze zu schaffen.

Es ist ein Leichtes, nach dem Ausleeren des Topfes die Verantwortung anderen zuzuschieben, wie es die FPÖ macht, die KPÖ verantwortlich zu machen, dass die Schulden steigen, weil Gelder für Grundstücke zum Bau von Gemeindewohnungen budgetiert sind und Gebühren nicht erhöht werden.

Diese Budgetpositionen, meine Damen und Herren, bringen das Grazer Budget mit Sicherheit nicht in den Abgrund.

Es gibt in diesem Budget durchaus sehr viele Unbekannte. Niemand weiß, was die Zukunft bringen wird und wohin sich alles entwickeln wird. Laufende Veränderungen in allen Bereichen stehen auf der Tagesordnung und müssen beachtet werden.

Daher war es äußerst sinnvoll, eine Vorhabenliste über Projekte, die wichtig sind, gemeinsam zu entwickeln und diese nach Möglichkeit der finanziellen Mittel abzuarbeiten.

Am sinnvollsten wäre hier natürlich, wenn alle in der Stadtregierung vertretenen Parteien an einem Tisch sitzen würden und nicht nur, wie manche, die nächsten Wahlen vor Augen hätten.

Ein Agieren, wie es Stadtrat Eustachio mit seiner FPÖ macht, ist unverantwortlich unserer Meinung. Bei Budgetgesprächen sich zuerst zu verweigern und dann im Gemeinderat Stücke einbringen zu wollen, die keine Bedeckung haben.

Hätte die KPÖ in der Vergangenheit so gehandelt, wäre der kommunale Wohnbau nicht mehr vorhanden (*Applaus KPÖ*).

Hier zeigt sich, wer Verantwortung übernimmt und wer die Leute für eigene Interessen am Schmah hält.

Uns ist vollkommen bewusst, dass die Stadt, wenn sich nichts ändert, bald an ihre Grenzen gelangt. Diese Entwicklung war für uns durchaus vorhersehbar. Die zaghafte Warnung der Finanzdirektion, wie wir sie im heutigen Gemeinderatsstück lesen konnten, ist durchaus gerechtfertigt.

Eine Trendwende kann meiner Meinung nach nur durch eine neue Umverteilung und eine weit gehenden Strukturreform erfolgen. Die Pressemeldungen der letzten Tage haben uns gezeigt, wieviel Geld aufgrund von Spekulationen im Fall des Hyposkandals von verantwortungslosen Bankern und Politikern auf allen Ebenen verspielt wurde, teilweise in die eigenen Taschen gewirtschaftet und durch falsches Handeln verloren wurde, dies ist für die Menschen kaum vorstellbar, von welchen Summen mancher spricht.

Jetzt aber, wie es von einigen hier gehandhabt wird, den Menschen einzureden, dass keine Schulden mehr gemacht werden dürfen, dass sie den Gürtel enger schnallen müssen und ihnen die Verantwortung und die Konsequenzen aufgebürdet werden, ist unverschämt (*Applaus KPÖ*).

In diesem Sinn können wir hier auch die angegebene Schuldenobergrenze mittragen und werden diesem Budget zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

## **SPÖ**

### **Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Alexandra M a r a k - F i s c h e r**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne!

Die Stadt Graz hat auch in den nächsten Jahren einige große Herausforderungen zu bewältigen. Graz wächst, wurde auch heute schon erwähnt, weil Graz attraktiv ist. Also auch wörtlich übersetzt, Graz zieht jedes Jahr gut 3000 Menschen an, die aus unterschiedlichen Gegenden in der Steiermark und außerhalb nach Graz ziehen.

Graz ist attraktiv, weil es Arbeitsplätze bietet, weil es hervorragende Bildungsangebote hat, weil es Kultur und Wissenschaft hat, und nicht zuletzt und das ganz besonders, weil Graz Lebensqualität besitzt. Lebensqualität ist es, was auch in Zukunft ganz sicher wichtiger denn je wird und ein Entscheidungskriterium ist, warum man in einer Stadt leben möchte oder warum man aus einer Stadt wieder wegzieht. Ich glaube, dass das auch in nächster Zeit manchmal schwerer wiegen wird als die sogenannten "hard facts" wie die Höhe des Einkommens und Ähnliches. Gerade diese Lebensqualität ist aber ein sensibles Gut, auf das wir auch aufzupassen sollten. Unter Lebensqualität fallen Kriterien wie subjektive Sicherheit, Familienfreundlichkeit, kulturelle Vielfalt, eine Stadt der Möglichkeiten statt der Verbote, ausreichend Grünflächen und nicht zuletzt gesunde Lebensumstände und Umweltbedingungen, die Menschen auch gut leben lassen.

Damit auch in 30, in 50 Jahren, wenn unsere Kinder und Kindeskiner erwachsen sind, Graz noch immer eine Stadt mit hoher Lebensqualität, vielleicht sogar mit noch einer höheren Lebensqualität ist, dann braucht es heute Maßnahmen, die das in 30 oder 50 Jahren bewirken. Genau das ist aus unserer Sicht auch unsere Aufgabe neben den sogenannten Pflichtausgaben, also den gesetzlich vorgesehenen, die die Stadt Graz jedenfalls erfüllen muss, geht es darum, nachhaltige Maßnahmen zu setzen, die die Lebensqualität in 30 oder 50 Jahren noch erhalten (*Applaus SPÖ*). Die Stadt ist

leider finanziell derzeit nicht so ausgestattet, dass wir besonders viel Spielraum hätten, um neben den Pflichtaufgaben noch viel erfüllen zu können. Wichtig ist aber für uns, auch in Zeiten knapper finanzieller Mittel zwei Dinge nicht aus den Augen zu verlieren:

1. Den Schuldenstand der Stadt nicht überbordend zu vergrößern, damit auch zukünftige Generationen noch finanziellen Handlungsspielraum haben und
2. eben nachhaltige Investitionen zu tätigen, die langfristig die Lebensqualität für alle Menschen in dieser Stadt, nicht nur für einige, auch sichert.

Was aus unserer Sicht nachhaltige Politik bedeutet, möchte ich anhand von fünf Bereichen näher erläutern: Der erste und eines der wichtigsten Dinge überhaupt ist der soziale Frieden. Sozialer Frieden muss durch ein möglichst lückenloses und stabiles Sozialsystem gesichert werden, das keinen einzigen Menschen zurücklässt und immer auch Möglichkeiten für sozialen Aufstieg oder Umstieg bietet. Sozialer Frieden ist ein unschätzbare Gut, um den Graz in Europa und vor allem außerhalb von Europa auch beneidet wird und ich glaube, es ist ganz wesentlich, dass wir auf diesen sozialen Frieden auch schauen als eines unserer höchsten Güter überhaupt (*Applaus SPÖ*). Das bedeutet aber natürlich auch, Investitionen in diesen sozialen Frieden zu tätigen. Die Grazer SozialCard ist hier ein Modell, das bereits außerhalb von Graz nachgefragt wird und das den Menschen die Möglichkeit der Teilhabe in unserer Gesellschaft erleichtert.

Ein weiterer Punkt für sozialen Frieden ist der Jugendlichen, unseren zukünftigen Bürger und Bürgerinnen, die Möglichkeit zu bieten, Raum zu haben, für ihr Leben Perspektiven finden zu können, sich an unserem politischen und sozialen System auch beteiligen zu können und auch zu wollen und an deren Verbesserungen auch weiter mitzuarbeiten. Jugendarbeit, Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche, Möglichkeiten für Begegnungen im öffentlichen Raum, das alles sind Voraussetzungen, die dafür notwendig sind und die auch Geld kosten. Ich freue mich, dass im vorliegenden Doppelbudget auch Mittel für Jugendzentren, auch für den

Ausbau der Jugendzentren, zum Beispiel für Jugendarbeit etc. vorgesehen sind (*Applaus SPÖ*).

Der zweite große Bereich, der für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wichtiger Punkt für nachhaltige Politik ist, ist natürlich Bildung: Jeder Euro, der in die Bildung fließt, von der vorschulischen Bildung bis zur Erwachsenenbildung, ist eine Investition in die Zukunft. Lieber Kurt, hier hast du es mit uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ziemlich gut getroffen, denn in diesem Bereich werden wir immer offensive PartnerInnen, vielleicht manchmal für deinen Geschmack zu offensive Partner und Partnerinnen, sein. Der Investitionsbedarf in die Schulgebäude ist enorm, er wird durch Nicht-Handeln nicht weniger, er wird durch Nicht-Handeln mehr und der notwendige Raum für Pflichtschulen ist nicht zuletzt so etwas wie unsere Hausaufgabe, es ist ja eine Pflichtausgabe und gesetzlich vorgesehen, dass wir den Raum zur Verfügung stellen (*Applaus SPÖ*). Zusätzlich haben wir aber die Verantwortung, in einer nachhaltigen Politik nicht nur den bloßen Schulraum für eine herkömmliche Halbtagsschule zu sorgen, sondern vorausschauend und mit nachhaltigen Entwicklungen auch für moderne Schulen der Zukunft zu sorgen, für Ganztageschulen mit Räumen für Erholung, gemeinsames Essen, Freizeitgestaltung und alternative Unterrichtsformen müssen Platz haben und dafür muss jetzt vorgesorgt werden. Hier zu sparen hieße, künftigen Generationen einen Bärendienst zu erweisen, denn dann würden, wie es auch heute manchmal der Fall ist, Räumlichkeiten einer wirklichen inneren Entwicklung geradezu entgegenstehen.

Notwendig wird auch ein weiterer Ausbau der Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen sein, die Verstärkung der Mittel für mehrsprachige Kinder, damit wir endlich das auch als Ressource und Chance begreifen und nicht als "Problem", und spezielle Ressourcen werden immer notwendig sein für Schulen mit höheren Herausforderungen, und, wie an dieser Stelle schon mehrmals erwähnt, natürlich auch Unterstützungspersonal ist notwendig für die Pädagoginnen und Pädagogen im administrativen Bereich, in der Schulpsychologie, in der Sozialarbeit.

Den dritten großen Punkt, den wir als unumgänglich für Nachhaltigkeit halten, ist das Zusammenleben in unserer Stadt. Zusammenleben bedeutet einerseits das Zusammenleben in der Familie. Familie in aller Vielfalt muss gelebt werden können, Familien brauchen Raum, Familien müssen im öffentlichen Raum auch willkommen sein, auch das ist für eine Stadt eine wichtige Voraussetzung. Sie brauchen finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten, zum Teil durch Unterstützung, sie brauchen Infrastruktur, um gemeinsam sinnvolle Freizeit verbringen zu können. Die Stadt Graz und die Familienreferentin Martina Schröck haben in diesem Bereich schon viel bewegt und umgesetzt, mit dem Kindermuseum und nun der nun neuen Märchenbahn verfügen wir über zwei ganz besonders tolle Einrichtungen, die eine familiengerechte Stadt und eine schöne Freizeit auch ermöglichen (*Applaus SPÖ*).

Zusammenleben findet aber nicht nur in der Familie, sondern auch in der näheren Wohnumgebung statt und leider hat sich in den letzten Jahrzehnten das Zusammenleben von Generationen, von Menschen, die neu oder schon länger in Graz Wohnenden, von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen eher auseinanderentwickelt. Begegnungen fanden zuwenig statt, Konflikte wurden durch Nicht-Begegnung, durch Nicht-Kommunikation verstärkt anstatt gelöst zu werden. Eine Herausforderung für die Zukunft wird hier sicher eine gelungene Stadtteilarbeit sein mit einem aus unserer Sicht besonderem Augenmerk, das auf Siedlungsmediation gelegt werden muss. Das Wiener Beispiel mit den neuen Hausmeistern ist aus unserer Sicht ein sehr gelungenes Beispiel und sollte auch in Graz erprobt werden können.

Der vierte Punkt ist für uns natürlich Arbeit. Arbeit, von der jeder Mann und auch jede Frau leben kann.

Dazu ist es wichtig, Arbeitsplätze zu sichern, aber auch für Menschen, Jugendliche oder Erwachsene, die sich aus unterschiedlichen Gründen schwer tun am Arbeitsmarkt, auch unterstützende Programme zur Verfügung zu stellen, um ihnen entweder kurzfristige eine Starthilfe zu geben, um sie dann in den normalen

Arbeitsmarkt eingliedern zu können oder für manche wird es auch notwendig sein, längerfristig Unterstützung zu haben und Beschäftigungsmöglichkeiten in einem etwas geschützteren Bereich auch zu bieten. Auch hier ist jeder einzelne Mensch, der zurückgelassen wird, einer zu viel, denn Arbeit ist für uns Menschen eine unersetzbare Quelle für persönliche Identität und natürlich auch schlichtweg Existenzgrundlage (*Applaus SPÖ*).

Die von unserer Vizebürgermeisterin Martina Schröck initiierte Lehrlingsoffensive im Haus Graz hat bisher bereits für etwa hundert junge Menschen einen Ausbildungsplatz und damit eine realistische Chance für eine abgeschlossene FacharbeiterInnenausbildung und einen Beruf, von dem sie leben können, ermöglicht und ist absolut zu begrüßen an dieser Stelle.

Der Arbeitsmarkt heute hat sich verändert und wird sich auch in den nächsten Jahren noch verändern, unqualifizierte Kräfte werden sich immer schwerer tun, Arbeit zu finden, ich denke, hier müssen wir die Kräfte bündeln auf städtischer, auf Landesebene, auf Bundesebene, um steigender Arbeitslosigkeit auch vorzubeugen. Besonders Basiskompetenzen sind wichtig und in der Wirtschaft wird immer wieder kritisiert, dass hier Pflichtschulabgänger und -abgängerinnen zuwenig davon haben. Hier ist natürlich wieder unser Bildungssystem auch gefordert. Es wird aber auch Möglichkeiten brauchen, Menschen später nachzuqualifizieren, auch hier ist jeder Euro natürlich ein Euro, der nachhaltig wirken kann.

Wir dürfen im Bereich Arbeit, und ich sage das auch ganz, auch wenn das politisch ganz sicher zur Diskussion führen wird, niemanden zurücklassen und auch nicht von vorneherein ausschließen, auch nicht Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen aus ihren Ländern bei uns Schutz gesucht haben (*Applaus SPÖ*) und wir dürfen diese Menschen während ihrer oft jahrelangen Asylverfahren, um das Wort jetzt auch auszusprechen, nicht in einer Art "Wartehalle" des Lebens belassen.

Der fünfte und letzte Bereich, den ich als ganz wichtig für Nachhaltigkeit aus unserer Sicht noch erwähnen möchte, ist eine Stadt in gesunder Umwelt. Eine gesunde

Umgebung in einer Umwelt, die nicht krank macht, die auch Möglichkeiten lässt, auch in der Stadt das eine oder andere Stückchen Natur zu erleben, ist wesentliche Voraussetzung für eine Stadt mit Lebensqualität. Für Familien wird die Umwelt in Zukunft und ist es auch bereits, noch stärker Entscheidungskriterium werden, ob sie langfristig in dieser Stadt bleiben oder ob sie, wenn sie es sich leisten können, an den Stadtrand ziehen, denn Leben heißt nun einmal nicht nur arbeiten, einkaufen, mobil sein, Leben heißt auch verweilen, sein und erfahren - insbesondere für Kinder und Jugendliche natürlich. Und dies kann in einer Stadt mit dermaßen hohen Feinstaub- und NOx-Werten, wie wir sie leider noch immer haben, nicht optimal passieren.

Wir müssen die Menschen aus Graz und natürlich auch die täglich Einpendelnden dazu bewegen, auf andere Verkehrsmittel als das Auto umzusteigen und müssen in diesen Bereich weiter investieren. Das aktuelle Budget ermöglicht ja nun eine Jahreskarte um 228 Euro, und das ist österreichweit einzigartig, und wir freuen uns, dass das gelungen ist, es ist eine langjährige Forderung, es ist eine erprobte Maßnahme in anderen Städten und es kann Menschen zum Umstieg bewegen. Wir nehmen als Stadt viel Geld in die Hand und wir halten es für einen ganz wesentlichen Beitrag im Sinne der Nachhaltigkeit (*Applaus SPÖ*).

Natürlich, das wird jetzt von den Grünen auch kommen, zu Recht, ist der Fahrpreis nicht alles – es braucht natürlich auch eine Angebotsverbesserung in die investiert wird, wir brauchen die Süd-West Linie, wir brauchen eine Entflechtung der Herrengasse, wir brauchen eine höhere Taktfrequenz. Natürlich brauchen wir das alles, wir brauchen auch bessere Radverbindungen im Übrigen und wir benötigen endlich ein regionales Verkehrskonzept, damit wir auch die Gemeinden von Graz-Umgebung hier einbinden und nicht alleine da sind. Es ist aber auch klar, dass wir als Stadt Graz diese Investitionen nicht alleine schaffen werden, wir brauchen dazu das Land, wir brauchen dazu idealerweise auch den Bund und wir brauchen dazu die Umlandgemeinden, mit denen wir auch gemeinsam Lösungsansätze suchen sollten und weniger das Trennende hervorstreichen zwischen Graz-Umgebung und uns,

sondern vielleicht eher in dieser Problemstellung, wo wir zum Teil ja auch gemeinsame Probleme haben, die leiden ja genauso unter der Verkehrslast wie wir das tun. Wir müssen schauen, wir müssen nun hier gemeinsam uns auch zusammensetzen und Lösungen finden. Hier ist natürlich unser Herr Bürgermeister besonders auch gefragt, in der Regionalversammlung weitere Schritte zu setzen und wenn wir hier gemeinsam einen größeren Kraftakt zustande bringen, dann kann in diesem Bereich auch endlich was weitergehen (*Applaus SPÖ*). Außerdem sind wir überzeugt, dass es auf Landesebene zur Einführung einer Nahverkehrsabgabe kommen muss, wir halten das für ein probates Mittel, um zu zusätzlichen Finanzmitteln zu kommen. Wichtig ist natürlich, dass diese Nahverkehrsabgabe nicht zu einer weiteren Belastung der Lohnnebenkosten führt, denkbar wäre zum Beispiel ein Modell ähnlich der Tourismusabgabe.

Die Europäische Kommission hat jüngst wieder angekündigt, die Steiermark nun definitiv aufgrund der Feinstaubwerte zu strafen, es braucht eine Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs, der Schritt des Herrn Bürgermeister im Herbst mit dem freiwilligen autofreien Tag ist hier sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Man wird nach einer Evaluierung sehen, welche Effekte erzielt worden sind und wie groß diese Effekte sind und dann vermutlich auch wieder über mögliche Maßnahmen sprechen müssen. Die Sicherung und der Ausbau der Fernwärme unter möglichst sauberen Bedingungen ist auch eine Herausforderung, die wir haben, an der gerade auch gearbeitet wird und es ist sicher etwas im Sinne einer nachhaltigen Politik, an der wir arbeiten müssen. Soweit zu den fünf Punkten.

Jetzt die Frage: Erfüllt das nun vorliegende Budget alle Anforderungen, die die sozialdemokratische Fraktion für notwendig hält? Ja und nein: Wir alle wissen, dass Graz zu wenig Geld aus dem Finanzausgleich bekommt, weniger als uns zusteht. Die Pro-Kopf-Einnahmen sind geringer als in anderen Städten, das wurde heute auch schon mehrmals erwähnt, das ist nicht gerecht. Es wird Aufgabe und

Herausforderung der Verhandelnden, speziell natürlich unseres Herrn Bürgermeister, sein, hier im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen für Graz mehr Mittel, die Mittel, die uns zustehen, die Graz zustehen, auch zu erreichen. Es wird auch am Verhandlungsgeschick der zuständigen Regierenden liegen, eine höhere Beteiligung des Landes bei Investitionen in den öffentlichen Verkehr zu erzielen, hier ist auch der Herr Verkehrsstadtrat natürlich angesprochen, um auch mit dem Herrn Verkehrslandesrat gleicher Fraktion Verhandlungen zu führen. Und kurz gesagt, natürlich sind nicht alle unsere Wünsche hier drinnen, wie soll das auch sein? In einer Demokratie geht es immer um Kompromisse, würde das Budget absolut unsere Forderungen erfüllen, dann wäre vermutlich eine andere Regierungsform geeigneter, was wir natürlich nicht wollen.

Das Doppelbudget 2015/16 ist kein grandioses, das allen Bedarf erfüllt, aber unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen ist es eine geeignete Basis, um eine aktive und nachhaltige Arbeit in den nächsten Jahren zu erbringen (*Applaus SPÖ*).

"Durch Solidarität Gerechtigkeit herzustellen, weil wir glauben, dass dann alle Menschen in Gleichheit ihre Freiheit leben können", diese unsere sozialdemokratischen Werte, wenn wir diese als Maß nehmen oder mit diesem Maß nehmen am Doppelbudget, dann sehen wir doch einige gute Projekte in diesem Doppelbudget verwirklicht: die Ausweitung der SozialCard, Investitionen im Jugend- und im Bildungsbereich, sozialer Wohnbau, Ausbau der Fernwärme, Stopp der Gebührenautomatik für die nächsten zwei Jahre zumindest, Investitionen im Sport, all das kommt den Menschen in Graz zugute und ermöglicht Menschen unterschiedlicher Herkunft und finanzieller Grundlage die Teilhabe an unserer Gesellschaft und bewirkt nachhaltige Maßnahmen zur Sicherung der Lebensqualität für alle Menschen (*Applaus SPÖ*).

Die sozialdemokratische Fraktion weiß um ihre Verantwortung für die Grazerinnen und Grazer, für die Entwicklung unserer Stadt. Deshalb haben wir uns dazu entschieden, uns den Herausforderungen, auch nun unter schwierigsten

Bedingungen und Rahmenbedingungen, Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen. Wir haben uns entschieden, uns nicht aus wahltaktischen Gründen oder aus persönlichen Kränkungen heraus zurückzulehnen und Maßnahmen aus den hinteren Reihen im Gemeinderat, sowohl links als auch rechts, lediglich zu kritisieren. Leichter ist es, aus der eigenen Ideologie heraus maximale Forderungen aufzustellen, ohne auf Budget oder Realisierbarkeit zu achten. Bei Wahlkämpfen tun das ja alle mehr oder weniger. Wenn es aber um konkrete Politik geht und was ist konkreter als ein Budget, dann ist nicht der richtige Platz dafür, vom Verhandlungstisch aufzustehen, sobald nicht alle Forderungen auf Punkt und Beistrich erfüllt sind, wie das die Grünen getan haben, ist leichter, als Kompromisse zu schließen.

Was aber die freiheitliche Fraktion in den letzten beiden Jahren geboten hat, ist wahrscheinlich ohne vergleichbares Beispiel: Ihr wart in den ersten eineinhalb Jahren sehr aktiv dabei, als es darum ging, aus den Investitionsmitteln Projekte zu beschließen, ich nenne die Altstadtbim, Weinzöttl usw. Ihr habt auch die Verlängerung des 7ers nicht gestoppt im Verkehrsressort, doch als die Mittel knapper wurden, da seid ihr recht schnell vom Verhandlungstisch aufgestanden. Denn wenn es darum geht, auch in härteren Zeiten mit weniger Geld ein Budget zu erarbeiten, nachhaltige Politik zu machen und auf populäre oder populistische Maßnahmen zu verzichten, da läuft ihr dann wohl mit fliegenden Fahnen davon (*Applaus SPÖ*). Wahrscheinlich, weil ihr, wie so mancher Beobachter der Politik es auch eingeschätzt hat, vielleicht auch gerne Neuwahlen gesehen hättet.

Euer Handeln, besser gesagt euer Nicht-Handeln, könnte man wohl vielleicht auch als parteipolitisches Taktieren bezeichnen, Verantwortung sieht aus unserer Sicht anders aus.

An dieser Stelle danke natürlich im Namen unsere Fraktion auch ganz, ganz herzlich der Finanzdirektion, an deren Spitze Finanzdirektor Karl Kamper und Budgetreferent Michael Kicker, und ich danke auch ganz bewusst bereits heute allen Bediensteten des Magistrats Graz, einerseits für Vorbereitungen des Budgets, vor allem natürlich

auch für den Vollzug dieses Budgets und die Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen und Aufgaben (*Applaus SPÖ*).

Liebe gewählte Mandatarinnen und Mandatäre: die sozialdemokratische Fraktion wird diesem Budget 2015/16 zustimmen, damit wir hoffentlich in möglichst breiter gemeinsamer Arbeit in den nächsten beiden Jahren für die Menschen in dieser Stadt arbeiten können. Ich danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank Frau Gemeinderätin. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um unseren beiden Damen, die in Gebärdensprache großartig versuchen, das, was wir am Rednerpult manchmal auch sehr schnell von uns geben, zu unseren Zuhörerinnen und Zuhörern zu transportieren, einen Applaus widmen. Vilen Dank (*allgemeiner Applaus*).

## **FPÖ**

### **Gemeinderat Mag. Armin S I P P E L**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer!

Auch von meiner Seite ein Willkommen zum heutigen Budgetgemeinderat. Oder, wie es passender heißen sollte, willkommen zur heutigen „Trauersitzung“, denn mit nichts anderem kann man sonst dieses vorliegende Doppelbudget würdigen. Nachdem meine Vorrednerinnen, weil es waren ja wirklich drei Damen, mit vielen salbungsvollen Worten diesen Budgetentwurf abgefeiert haben, ist es jetzt, glaube ich, an der Zeit, einmal auch Kritik zu üben, ein bisschen hinter die Zeilen zu blicken. Und während sonst oftmals ein Erbe finanziell ja angenehm und vermögenssteigernd ist, hinterlässt uns Finanzstadtrat Rüschi mit diesem Doppelbudget ein bitteres Abschiedsgeschenk (*Applaus FPÖ*) und ein wahrlich schweres Erbe. Leider muss man am Ende des Jahres 2014 endgültig erkennen: Die ÖVP hat das Wirtschaften verlernt und wird beim Ruinieren der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde von KPÖ und SPÖ unterstützt (*Applaus FPÖ*). Langsam wird das Werken von Schwarz, Dunkelrot und Rot wirklich zur mehrfachen Bedrohung, so wie wenn die reale aktuelle Bedrohung durch Jihadisten der aus Graz operierenden „Bosnien Connection“ - nicht zuletzt gefördert durch Ihre Politik - nicht schon genug ist, bedrohen Sie mit diesem Budget die Zukunft unserer Stadt (*Applaus FPÖ*).

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Potzinger: Das geht zu weit.***

**Zwischenruf GR. Grossmann: Wo bleibt der Ordnungsruf? Das ist unqualifiziert.**

GR. Mag. **Sippel**: Und auch wenn unser Statut mittlerweile die Möglichkeit eines Doppelbudgets vorsieht, vertrete ich dennoch die Meinung, dass es in der momentanen Situation äußerst unangebracht ist...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich darf Sie drauf aufmerksam machen, dass dieser Vergleich nicht nur unangebracht war, sondern dass dieser Vergleich unmöglich war. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Also wenn Sie das als Vergleich sehen oder interpretieren, dann ist das Ihre Sache, ich habe gesagt, ich empfinde beides als Drohung, also ich sehe da keinen Vergleich drinnen, aber wenn Sie das so hineininterpretieren, soll es so sein. Nicht nur unangebracht, sondern fahrlässig ist es, wenn man in Anbetracht der aktuellen Wirtschaftslage ernsthaft von stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen ausgeht und von einer stabil bleibenden Einkommenssituation der Stadt orakelt und letztendlich auf solchen – einem wirtschafts- und finanzpolitischen Handlesen gleichkommenden – Prognosen ein Doppelbudget aufstellt. Einer der zuverlässigsten Indikatoren konjunktureller Entwicklung, und die Klubobfrau Kollegin Bergmann hat das ja auch schon angeführt, ist und bleibt der Arbeitsmarkt. Mit Schrecken haben wir wieder am 1. Dezember dieses Jahres, also vor drei Tagen, feststellen müssen, dass es eine Steigerung der Arbeitslosigkeit in Graz im Vergleich zum Vorjahr um

satte 13 Prozent gibt, dass 17.151 Menschen in unserer Stadt ohne Arbeit sind mit steigender Tendenz und Sie argumentieren dieses Budget mit stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen. Also das ist wirklich unglaublich (*Applaus FPÖ*). Spannend, aber leider ebenfalls mit wenig guten Vorzeichen versehen, sind die Entwicklungen im Bereich des Finanzausgleichs. Ich darf daran erinnern, dass durch die Gemeindezusammenlegungen im Land Steiermark nunmehr, ohne dass es einen tatsächlichen Personenzuwachs gibt, größere Gemeindeeinheiten entstehen werden über 10.000, über 30.000 Einwohner, was beim sekundären, also beim horizontalen Finanzausgleich zu einer höheren Auszahlungsquote pro Kopf für diese Gemeinden führen wird. Das wird natürlich klarerweise zu Lasten der Stadt Graz gehen. Herr Stadtrat Rüschi hat in einem Zeitungsinterview diesbezüglich selbst gesagt, dass es Einbußen in dieser Stadt von mehreren Millionen Euro geben wird. Darüber hinaus sind weitere Reformen des Finanzausgleichs durch Herrn Schelling angedacht, und auch wenn vorher gesprochen worden ist, dass wir uns da mehr durchsetzen müssen in den Verhandlungen, die Realität schaut anders aus. Es wird mit Sicherheit, das hat der Herr Schelling auch schon angekündigt, zu niedrigeren Auszahlungen in diesem primären Finanzausgleich kommen. Das sind also alles in allem keine rosigen Aussichten.

Eines muss man angesichts dieser eben skizzierten himmelschreienden Naivität vermuten, und zwar dass dieses Doppelbudget weniger von Verantwortungsbewusstsein getragen ist, als es vielmehr von einem politischen Ziel oder es dient vielmehr einem politischen Ziel, nämlich einzig und allein dem Machterhalt der ÖVP und nichts anderem (*Applaus FPÖ*). Der eine Finanzstadtrat soll zurücktreten, während es der andere kaum erwarten kann, ihm nachzuzufolgen. Kurzum: Für den aus formal-rechtlichen Gründen verzögerten Wechsel verschafft man sich mit diesem Doppelbudget reichlich Luft zum Atmen. Ganz zu schweigen von einem äußerst unkonkreten Bürgermeister, der sich in den letzten zwei Jahren als politischer Slalomläufer mit hoher Ausfallswahrscheinlichkeit erwiesen hat. Man hat

aufgrund der nebulösen Zukunftspläne fast den Eindruck, wir sollten froh sein, dass er sich Graz noch antut.

Ich erspare es uns, jene Zeitungsmeldungen zu zitieren, in deren Rahmen der Grazer Bürgermeister die KPÖ als nicht zu akzeptierenden Partner, gar als Sicherheitsrisiko bezeichnet hat. Aber frei nach dem Motto „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ scheint es heute eine Ménage-à-trois aus echter Zuneigung zu sein, die ÖVP, SPÖ und KPÖ aneinander bindet. Oder ist es vielleicht doch eine Allianz des Elends und der Not?

Die ÖVP mit einem mutmaßlich amtsmüden Bürgermeister macht sich sowieso lieber über die „Future“ der urbanen Räume Gedanken, als die brennenden Probleme der Gegenwart anzugehen. Deutlich war diese Diskrepanz in der Kleinen Zeitung von 19.11. auf Seite 26 zu sehen. Unter dem Artikel „Die Zukunft von Graz – Nagl eröffnet Urban Future Konferenz“, also genau darunter, war ein Beitrag zu lesen, der wie folgt lautete: „Auf dem Europaplatz schlugen mehrere Jugendliche aufeinander ein. Eine Polizeistreife beobachtete, wie ein 17-jähriger und ein 24-jähriger Afghane auf zwei Tschetschenen mit einem Gürtel einschlugen. Weil der 17-jährige nicht aufhörte und die Polizei mit dem Umbringen bedrohte, wurde er festgenommen.“

***Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das ist eine Budgetsitzung. Thema verfehlt.***

GR. Mag. **Sippel**: Herr Bürgermeister und liebe ÖVP: Aufwachen. Zurück ins Hier und Jetzt. Keine Luftschlösser mehr bauen, sondern endlich die Probleme des Heute lösen (*Applaus FPÖ*) und richtig, wie geht das und da sind wir wieder beim Budget, wie geht das, wie kann man die Probleme des Hier und des Heute lösen, am besten mit einem von Verantwortung getragenen Budget, genauso ist es.

Auf der einen Seite erleben wir also eine ÖVP, die sich aus finanzpolitischer Sicht in einer Phase des Interregnums befindet, auf der anderen Seite haben wir eine Sozialdemokratie am Tiefpunkt, deren zugegeben attraktive und stets gut gekleidete politische Exponentin in den letzten Jahren als Bestatterin ihrer eigenen Partei fungierte (*Applaus FPÖ*) und deren zentralpolitische Leistung darin bestand, die letzten Parteifreunde zu vergraulen und innerhalb ihres Ressorts, letzte Sitzung war es wieder soweit, Nachtragskredite einzufordern und verstärkt Geldmittel verbraucht. Als Bindeglied dieser schwarz-roten Allianz fungiert ab sofort die kommunistische Partei unter Führung von Stadträtin Elke Kahr. Sie war es, die sich mit ihren Forderungen durchgesetzt hat, die ÖVP und SPÖ, so kann man es auch sagen, über den Tisch gezogen hat und die diesem Doppelbudget ihren Stempel aufsetzen wird und die auch wesentlich damit zum Explodieren der Schuldenlast erheblich beitragen wird. Wir sprechen hier von jener Elke Kahr, deren wirtschaftspolitische Kompetenz in zwei Worten abschließend beschrieben werden kann: nicht vorhanden.

Eines ist ebenfalls klar, nämlich dass diese Budgetzuckerl – ich spreche hier von dem vorher genannten Gebührenstopp, der noch billigeren ÖV-Jahreskarte und dem 24,4-Millionen-Sonderwohnbauprogramm – mit denen die KPÖ gekauft worden ist, einen bitteren Nachgeschmack haben werden. Insgesamt werden uns diese Zuckerl auf zehn Jahre gerechnet ungefähr so viel kosten wie der gesamte Bau der Südwestlinie.

Man wird den Eindruck nicht los: Finanzstadtrat Rüschi und Bürgermeister Nagl verhalten sich mit diesem Doppelbudget wie Elefanten im Porzellanladen. Bei jeder Bewegung geht irgendetwas zu Bruch. Auf das Budget und die darin verankerte Geisteshaltung „von der Abschaffung des Geldes“ umgelegt bedeutet das, dass in erster Linie eines zu Bruch geht, nämlich die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde (*Applaus FPÖ*). Und wenn wir schon beim Porzellanladen sind, kann man festhalten, das werden Sie ja alle wissen, dass es dort ja auch bekanntlich Besteck zu kaufen gibt. Im Porzellanladen von Bürgermeister Nagl ist das aber etwas anders. Dort gibt es ab

sofort nicht mehr Messer und Gabel, sondern nur mehr Hammer und Sichel (*Applaus FPÖ*).

***Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Kahr: Das ist in Österreich nichts Verwerfliches, das haben wir in unserem Wappen.***

GR. Mag. **Sippel**: Von Budgetverantwortung, von Sparwillen oder gar der Bereitschaft, kommenden Generationen auch Entlastungen zu bieten, kann also keine Rede mehr sein. Dabei hätte alles so einfach sein können. Die ÖVP hätte den Freiheitlichen Warnungen mehr Aufmerksamkeit schenken müssen, ihre Partner mit größerer Transparenz und Ehrlichkeit behandeln müssen und weniger selbstgefällige Geheimniskrämerei an den Tag legen sollen.

Ich möchte nun noch etwas tiefer in diesen Budgetmorast vordringen und meine Kritik an dieser Finanzgebarung mit Aussagen des Stadtrechnungshofes untermauern. Ich zitiere: „Mit wachsender Besorgnis beobachtete der Stadtrechnungshof auch 2013 die Beschlussfassungen im Bereich der Neuinvestitionen der letzten Jahre, die in den nächsten Jahren zu einem weiteren Anstieg der so genannten Folgekosten führen würden. Diese durch Beschlüsse in der Gegenwart induzierten zukünftigen Ausgaben würden die budgetären Handlungsspielräume empfindlich einschränken. Dabei war insbesondere mitzubedenken, dass durch die Aufnahme endfälliger Kredite rechtzeitig auf die Möglichkeit der Tilgung dieser Kredite aus der ordentlichen Gebarung zu achten sein wird.“

**Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: 2013 sogar mit FPÖ, wenn ich mich recht erinnere.**

GR. Mag. **Sippel**: Bestens ins Bild passt hier auch der heutige Artikel aus der Kronen Zeitung unter dem Titel: „Die große Grazer Budgetlüge“, der sich mit dem Bericht der Finanzdirektion zur Zinsrisikostategie befasst. Da heißt es also, dass in den nächsten Jahren das Tilgungserfordernis der Langfristkredite ziemlich konstant bei 50 Millionen Euro per anno liegen werde. Leider ergibt sich im Haus Graz dagegen nur ein durchschnittlich laufender Cashflow von ca. 35 Millionen Euro. Dann wird die Finanzdirektion noch deutlicher: „Aus dieser“, und sie schreibt es, das ist erstaunlich, könnte fast die Frage stellen, ob sich hier irgendwer exkulpiert: „Aus dieser politisch beschlossenen Haushaltsplanung können also die vorgesehenen Tilgungen bis 2019 nur zu etwa zwei Drittel aus dem laufenden Cashflow bedient werden. Die Investitionen müssten...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich darf Sie nur drauf aufmerksam machen, dass jetzt sie jetzt aus einem Bericht den Ausschuss zitieren der im öffentlichen Bereich nicht zitiert werden dürfte. Ich will es nur der Ordnung halber anmerken.

GR. Mag. **Sippel**: Ich zitiere überhaupt nichts, das ist nicht zitiert, das ist interpretiert, das ist kein Zitat oder bringe ich da irgendjemanden in Verruf?

**Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Natürlich, Sie sagten doch gerade: Ich zitiere.**

Bgm. Mag. **Nagl**: Diese Informationen sind nicht öffentlich, wir können das gerne im nicht öffentlichen...

GR. Mag. **Sippel**: ...Interpretiert, das wird ja wohl noch erlaubt sein oder?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich mache Sie darauf aufmerksam, Sie als Gemeinderat müssten wissen, in welchem Teil der Sitzung welche Bereiche auch berichtet werden dürfen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Es hat fast den Anschein, als möchte die Beamtenschaft, im Übrigen zu Recht, wie ich meine, explizit darauf hinweisen, dass diese Sachverhalte einzig von der Politik erzeugt werden. Seitens der Abteilung und der Beamtenschaft besteht anscheinend kein Interesse daran, eine Art Salzburg II zu erleben. Wer aber wird dieses bereits vorprogrammierte, aus unserer Sicht vorprogrammierte Fiasko zu verantworten haben wird sind, Sie, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen im Grazer Gemeinderat.

Sie, jeder Einzelne von Ihnen, gegebenenfalls mit dem Privatvermögen.

Erlauben Sie mir diesbezüglich einen kurzen rechtlichen Exkurs:

Entsprechend den Bestimmungen des § 97 Abs. 1 des Statuts der Landeshauptstadt Graz obliegt dem Gemeinderat die Überwachung der Sparsamkeit sowie der Wirtschaftlichkeit der gesamten Stadtverwaltung. Dieser Bestimmung ist somit auch abzuleiten, dass die Vermögensgebarung beziehungsweise Verwaltung durch den Gemeinderat, als oberstes überwachendes Organ der Stadt Graz, ein wesentlicher Bestandteil der obliegenden Gebarungskontrolle darstellt.

Unter Berücksichtigung der Zinsrisikostراتيجien für das Jahr 2015 und unter Einbeziehung der Tatsache, dass die Abänderung der Tilgungspläne der endfälligen Darlehen dahingehend stattfand, dass der endfällige Betrag innerhalb der verbleibenden Laufzeit nicht angespart werden kann, besteht für den Gemeinderat wohl aufgrund der vorgenannten Bestimmungen des Statuts der Stadt Graz die Verpflichtung, in Ausübung seiner Kontrollverpflichtung eingeräumten Befugnis einzuschreiten, um den Eintritt eines Vermögensnachteils zu Lasten der Stadt Graz zu verhindern.

Betrachtet man die Bestimmungen des § 153 Abs. 1 Strafgesetzbuch, wonach der Tatbestand der Untreue erfüllt wird, wenn jemand die ihm durch Gesetz, behördlichen Auftrag oder Rechtsgeschäft eingeräumte Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen oder einen anderen zu verpflichten, wesentlich missbraucht und dadurch den anderen zumindest bedingt vorsätzlich einen Vermögensnachteil zufügt, ergeben sich ins Auge stechende Parallelen.

Es ist Aufgabe des Gemeinderats, sich beim Eingehen von Kreditverbindlichkeiten der Stadt – jedenfalls aber dann, wenn Tilgungspläne abgeändert und insbesondere in deren Laufzeit gekürzt werden – sich dementsprechend zu informieren beziehungsweise Gutachten einzuholen, um abzuklären, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf die Möglichkeit der Rückzahlung endfälliger Kredite zum Fälligkeitszeitpunkt haben können.

Gegenständlich drängt sich jedenfalls bereits die Vermutung auf, dass bei derart hohen zu erwartenden Tilgungsspitzen ab dem Jahr 2021 bei einer Verringerung des Tilgungspotentials eine Rückzahlung der Kreditverbindlichkeit nicht möglich sein wird.

Gegenständlich, wo sich bereits der Gedanke einer grundsatzwidrigen Maßnahme gegen die gebotene Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aufdrängt, wird man sich wohl hin künftig nicht darauf ausreden können, dass durch den geänderten Tilgungsplan die endfällige Kreditverbindlichkeit nicht bezahlt werden kann. Ich weiß, das ist sperrig, aber umso wichtiger.

Vor dem Hintergrund der einschlägigen strafrechtlichen Bestimmungen erscheint diese Vorgangsweise äußerst bedenklich. Der Stadt wird aufgrund der angedachten Vorgangsweise und Eintritt des tatbildmäßigen Erfolges eine künftig durch nicht mögliche Rückzahlung der Kreditverbindlichkeit ein erheblicher Vermögensnachteil zugefügt werden. Rechtsunkundige Gemeinderäte wären daher, auch um die Gefahr der Untreue nach § 153 Strafgesetzbuch zu vermeiden, veranlasst, im Zuge der Kontrolle der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Stadtverwaltung, zu deren oberstes Überwachungsorgan der Gemeinderat befugt und bevollmächtigt ist und über einen behördlichen Auftrag verfügt, eine entsprechende Überprüfung vorzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lesen Sie die Zinsrisikostراتيجien für das Jahr 2015 und behaupten Sie nicht, Sie hätten von nichts gewusst. Jene von Ihnen, die dem Klubzwang und der Parteiräson folgend für dieses Doppelbudget im Anschluss stimmen werden, die mögen nicht glauben, dass es keine politische Einzelverantwortung für das mit Sicherheit folgende finanzielle Fiasko geben wird.

Wir Freiheitliche beantragen jedenfalls die namentliche Abstimmung über dieses Budget, und ich bitte, das auch entsprechend protokollarisch zu erfassen. In dieser Rede ist damit also dieser Antrag auf namentliche Abstimmung enthalten. Wer von Ihnen gerne in den Untergang segeln möchte, kann dies gerne tun. Nagl, Rüschi und Babel werden zum Zeitpunkt des Schiffbruchs bereits nicht mehr an Bord sein (*Applaus FPÖ*). Ich stehe trotzdem nicht an, meinen Dank an jene Mitarbeiter der Stadt auszusprechen, die einerseits für das formelle Zustandekommen dieses Voranschlags verantwortlich zeichnen, und die andererseits natürlich auch bereit sind, mit den materiellen Auswirkungen dieses Budgets hinkünftig zu leben. Ohne die

vielen Fachbeamten und Mitarbeiter wäre ein Funktionieren dieser Stadt gerade in Hinblick auf ihre öffentlich-rechtlichen Aufgaben ohnehin nicht mehr denkbar. Mein Dank endet aber allerdings dort, wo die Grenze zwischen Politik und Verwaltung zu ziehen ist. Jene Damen und Herren, deren Aufgabe es wäre, im Dienste des Steuerzahlers verantwortungsvoll mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umzugehen, erweisen sich Jahr um Jahr als geradezu unfähig. Kurzum, das Budget ist weit davon entfernt, in besten Händen zu sein.

Zum Schluss meiner Budgetrede darf ich noch – einer liebgewordenen Tradition folgend – ein kurzes Gedicht zum Besten geben, das insbesondere sehr gut auch zum morgigen „Kramperl“-Tag passt:

Spärlich ist des Jahres Rest,  
schon nähert sich das Weihnachtsfest.

Es fehlt noch der Budgetbeschluss,  
dann ist in Graz für heuer Schluss.

Ein Schreckenswerk, so viel ist klar,  
von Nagl, Schröck und Elke Kahr.

Weshalb – das fände ich sehr toll –  
die Drei der Krampus holen soll.

*(Applaus FPÖ).*

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann, ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie sich so intensiv mit dem Budget befasst haben. Ich bedanke mich, dass Sie endlich auch als Mitglied einer freiheitlichen Partei sich sehr mit dem rechtlichen Konsequenzen politischen Handelns auseinandergesetzt haben (*Applaus ÖVP*), weil, lieber Herr Klubobmann, hätte die freiheitliche Partei mit Jörg Haider in dem schönen Kärnten nicht Haftungen im Ausmaß von 24 Milliarden Euro übernommen, hätten wir dieses Desaster nicht und alle Städte, damit Sie die Dimension nur begreifen, alle Städte Österreichs hätten keine Schulden mehr (*Applaus ÖVP, KPÖ und SPÖ*).

## **GRÜNE**

### **Gemeinderat Dr. Gerhard WOHLFAHRT**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste!

Vor rund eineinhalb Jahren wurde hier das Doppelbudget 2013/2014 mit den Stimmen der ÖVP, der SPÖ und FPÖ beschlossen. Heute steht das Doppelbudget 2015/2016 zur Debatte. Im Wesentlichen ist es eine Fortschreibung des alten Doppelbudgets. Natürlich gibt es einige neue Schwerpunktsetzungen, ich gehe darauf noch ein, aber in den Grundzügen fehlen die Antworten auf die wichtigsten Probleme der Grazerinnen und Grazer: Wie finanzieren wir den dringend notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs? Wie können wir unser bereits beschlossenes Schulausbauprogramm 2014 bis 2018 finanzieren? Wie soll neuer Grünraum finanziert werden?

Beispiel ÖV: Es wird zwar seit Jahren am Masterplan ÖV gearbeitet, doch leider ist er weder im Budget noch in der finanziellen Mittelfristplanung bis 2019 berücksichtigt. Kein Geld für Straßenbahnausbauten in den Südwesten oder nach Reininghaus. Kein Geld für lange Straßenbahnen, damit die Fahrgäste, die hoffentlich mehr werden, auch in der Frühspitze einsteigen können.

Wie sollen wir das Grazer Feinstaub-Problem lösen, wenn bei unseren eigenen Verkehrsbetrieben auch in den nächsten Jahren überwiegend abgastechisch völlig veraltete Busse eingesetzt werden? Der Austausch der Euro 3 Busse durch moderne Autobusse wird mit diesem Budget gestoppt, im Sommer haben wir noch anders gesprochen. Bis zum Jahr 2020 sollen nach den vorliegenden Plänen Autobusse der Schadstoffklasse 3 mitten durch Graz fahren. Autobusse, die rund 10-mal so viel an Schadstoffen emittieren wie moderne Busse. In Deutschland sind derartige Fahrzeuge in fast allen Umweltzonen schon längst verboten. Aber bei uns ist das ja egal, unsere Autobusse fahren eh in Graz und nicht in Deutschland (*Applaus Grüne*).

Das Budget bietet keine Antwort darauf, wie unser bereits beschlossenes und dringend notwendiges Schulausbauprogramm umgesetzt wird. In der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung ist nämlich kein Spielraum für zusätzliche Projektgenehmigungen. Von unserem Schulausbauprogramm 2014 bis 2018 ist aber erst weniger als die Hälfte projektgenehmigt. Der größere Teil darf warten, bis 2019 sind ja keine zusätzlichen Investitionen eingeplant. Vielleicht besteht ja 2020 wieder mehr Spielraum? Und inzwischen? Vielleicht gehen sich ja Container für unsere Schulkinder aus.

Und falls unsere Kinder sich dann wenigstens am Nachmittag austoben wollen, wird es auch wieder knapp. Die vom Bürgermeister mehrmals versprochene Grünraumoffensive wurde ebenfalls nicht budgetiert: Zuerst wurde die angekündigte Wassersteuer wieder abgeblasen, und jetzt konnte mir auch die Finanzdirektion bei der Suche nach der versprochenen Million pro Jahr für die Sicherung von Grünflächen nicht weiterhelfen. Sie ist schlicht und einfach nicht budgetiert, zumindest nach den Auskünften. Ein weiteres Beispiel auf der Liste der vielen von Bürgermeister Nagl angekündigten und nicht realisierten Projekte.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt viele offene Fragen und wenig Antworten. Aber bei einem Punkt konnte der Sparstift abgewehrt werden: Die 2014 eingeführte zusätzliche Million für die Parteien gibt es weiterhin, diesmal offensichtlich mit Zustimmung der KPÖ. Um ganz genau zu bleiben: Selbstverständlich wurde die Million gekürzt – um ganze 35.000 Euro. Das sind Taschenspielertricks, bitte unterschätzen Sie nicht die Grazer Bevölkerung. Eine Reduktion um 1,5 % ist selbstverständlich eine Reduktion. Wirklich großartig.

Aber mit diesen 35.000 Euro lässt sich halt nicht die Grünraummillion finanzieren und hier warten wir noch (*Applaus Grüne*).

Natürlich sehen wir Grünen auch die finanzielle Knappheit. Und es ist tatsächlich zu einfach, nur die Parteienfinanzierung und die sonstige Klientelpolitik, die sich in Graz anscheinend wieder durchsetzt, in Relation zu dringend notwendigen und sinnvollen Ausgaben zu setzen.

Was ist die Alternative? Was hätten wir Grünen anders gemacht? Wie würde grüne Budgetpolitik ausschauen?

Grüne Budgetpolitik ist ein intensiver Diskurs über gesellschaftspolitische Ziele, Interessen und Aufgaben. All diese Ziele sind vor dem Hintergrund knapper finanzieller Mittel zu evaluieren, schließlich entscheiden wir hier ja nicht über unser eigenes Geld, sondern über die Steuerleistungen der Grazerinnen und Grazer. Aufgabe der Politik ist es, die Interessen und Erwartungen der Grazer Bevölkerung bezüglich der Versorgung mit öffentlich finanzierten Gütern und Dienstleistungen einerseits und der dafür benötigten Steuerleistungen andererseits in Einklang zu bringen. Und dieser Prozess ist nicht einfach – wie einige schon länger dienende ÖVP GemeinderätInnen aus früheren Jahren wissen. Aber natürlich können sich auch Gerhard Rüschi und die MitarbeiterInnen der Finanzdirektion an diese intensiven Diskussionsprozesse erinnern.

Dieses Doppelbudget hat aber eine andere Geschichte. Es gab im Sommer den Versuch, ernsthaft über ein Budget im obigen Sinn, über ein Budget im Sinne der Grazerinnen und Grazer, mit uns Grünen zu verhandeln. Erstaunlicherweise haben damals SPÖ und ÖVP überhaupt das erste Mal ernsthaft über die mittelfristige Budgetentwicklung in Graz gesprochen – so zumindest die Aussage einiger Teilnehmer dieser Diskussion. Aber dann wurde für uns bald klar, dass ÖVP und SPÖ an ihrem mit der FPÖ beschlossenen „Stabilitätspakt“ festhalten wollen.

Ein kleiner Exkurs zu Stabilitätspakt: Man könnte ja sagen, „Stabilitätspakt“ klingt eh positiv. Meistens sind derartige Übereinkommen ein Ausdruck neoliberaler Politik, die darauf abzielen, den öffentlichen Sektor zugunsten des privaten Sektors zurückzudrängen. „Nur keine öffentlichen Schulden, egal wofür“, scheint das Credo zu sein. Ich möchte kurz einen einstimmigen Beschluss des Grazer Gemeinderates aus Oktober 2008 zitieren: „In allen Verhandlungen im Zuge der Finanzkrise ist darauf hinzuwirken, dass im Interesse einer stabilen Wirtschaftsentwicklung der europäische Stabilitätspakt und die fiskalpolitischen restriktiven Kriterien des Maastrichtvertrages bis zur nachhaltigen Stabilisierung der realwirtschaftlichen Größe,

Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, ausgesetzt wird und in Folge auch der innerösterreichische Stabilitätspakt auszusetzen ist.“

Antragsteller – Sie dürfen einmal raten. Ja damals waren wir uns alle einig. Und heute leiden wir in Graz unter einem „Stabilitätspakt“ von ÖVP, SPÖ und FPÖ. Liebe SPÖ, man kann auch mit der Grazer Volkspartei gute Wirtschaftspolitik betreiben, wenn man sich darum ernsthaft bemüht. Die Arbeitslosigkeit ist heute höher als 2008, ein Wirtschaftswachstum kaum in Sicht. Und trotzdem bekennt sich die SPÖ gemeinsam mit der ÖVP zu einem „Stabilitätspakt“. Ich verstehe das bis heute nicht (*Applaus Grüne*).

Offensichtlich handelt es sich um eine Politik im Sinne von „lieber verwalten als gestalten.“ Wenn wir schon keine gemeinsamen Ziele entwickeln können, dann halten wir doch am „Stabilitätspakt“ fest. Dass die für die ganze Periode vorgesehenen 100 Millionen freie AOG-Mittel schon verbraucht sind, spielt ja wohl keine Rolle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine derartige Budgetpolitik stehen wir Grüne nicht zur Verfügung. In erster Linie sind die wichtigsten Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen. Dabei sind natürlich auch die finanziellen Rahmenbedingungen zu beachten. Aber nicht so, wie es jetzt geschieht.

ÖVP, SPÖ und KPÖ einigten sich wieder einmal auf die Einführung einer Nahverkehrsabgabe. Die Antwort: „...und täglich grüßt das Murmeltier“ untertreibt aber noch die Problematik. Das Land hat uns schon ausgerichtet, dass es wieder keine Nahverkehrsabgabe geben wird, aber das ist ja auch kein Wunder. Die drei Parteien wussten schon ein paar Tage nach der Einigung nicht mehr, wie das Modell der Nahverkehrsabgabe ausschauen soll. Es war eine wirklich unvergessliche Pressekonferenz, bei der jede der drei Parteien eine andere Version der Nahverkehrsabgabe präsentiert hat. Deshalb frage ich Sie jetzt, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Martina Schröck und liebe Elke Kahr: Haben Sie sich nur auf einen Budgetbeschluss geeinigt? Oder wissen Sie auch schon, wer die Nahverkehrsabgabe bezahlen soll? Die ArbeitgeberInnen, die ArbeitnehmerInnen

oder vor allem die KapitalistInnen? Aber wahrscheinlich werden Sie auf diese Frage nicht antworten, sondern darauf verweisen, dass das Land ja leider nicht mitspielt.

Dieses Doppelbudget ist ein Kartenhaus, das bei der ersten Belastungsprobe zusammenfallen wird (*Applaus Grüne*).

Nicht nur, weil es keine Nahverkehrsabgabe geben wird, die dringend zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs benötigt wird. Lieber Herr Bürgermeister, gibt es auch einen Plan B? Nach der Ablehnung der Umweltzone hatten Sie keinen Plan B. Deshalb ist ja auch die Verkehrs- und Feinstaubproblematik in Graz weiterhin ungelöst.

Ich vermute, dass es auch diesmal keinen wirklichen Plan B gibt. Aber wahrscheinlich gibt es auch diesmal wieder einen – leider sehr schlechten – Plan C - und der heißt aussitzen! Verschieben wir den dringend notwendigen Ausbau des ÖV, bis eine Nahverkehrsabgabe vom Himmel fällt. Inzwischen steigern wir den Druck auf das Land, indem immer mehr Menschen den ÖV nutzen – die Verbilligung der Jahreskarte ist ein Schritt in diese Richtung. Und wenn immer mehr Leute sich über die überfüllten Fahrzeuge in der Frühspitze aufregen, dann steigt der Druck auf das Land. Und noch besser ist es, wenn die Menschen gar nicht mehr einsteigen können, dann steigt der Druck aber wirklich. So haben Sie uns Ihre Pläne, wie es zur Nahverkehrsabgabe kommen soll, dargelegt, Herr Bürgermeister. Das kann doch nicht ihr Ernst gewesen sein – oder vielleicht doch? Rechnen Sie damit, dass Sie dann nicht mehr als Grazer Bürgermeister uns keine Antworten geben müssen? Oder fühlen Sie sich dafür nicht zuständig, weil Sie davon nicht betroffen sind, weil Sie nicht die Holding-Linien benutzen? Herr Bürgermeister, ich habe wirklich kein Problem damit, dass Sie einen Dienstwagen benutzen. Ich habe nur ein Problem damit, dass Ihnen die Qualität des ÖV-Angebotes für die Masse der GrazerInnen offensichtlich egal ist (*Applaus Grüne*).

Liebe Elke, ich habe auch ein paar Fragen an dich: Reicht es wirklich, einen Gebührenstopp für zwei Jahre und einige Millionen für den sozialen Wohnbau ins Budget zu schreiben? Volle Unterstützung von uns Grünen für die zusätzlichen Mittel

im sozialen Wohnbau, wir warten noch dringend auf das Umsetzungsmodell. Wie können wir auch die notwendigen Landesmittel lukrieren? Ich weiß, dass ihr daran arbeitet und diese wichtige Frage hoffentlich bald beantworten könnt.

Aber was mir ernsthaft Sorgen macht: Glaubst du nicht auch, dass die Erhöhung der Parteienförderung nicht besser bei den armen Menschen platziert wäre? So wie wir es beim Doppelbudget 2013/14 beantragt haben.

Hast du kein Problem mit den fehlenden Mitteln für die weitere Umsetzung des Schulausbauprogramms? Sollen unsere Schulkinder wirklich in Containern sitzen?

Ist dir die Abschaffung des Mobilitätsschecks für Studierende egal? Gestern war die Ina Bergmann ganz überrascht, dass der abgeschafft wird. Ich weiß schon, dass es jetzt eine billigere Jahreskarte für alle geben soll. Aber ist es wirklich gerecht, dass die Reichen und die Studierenden jeweils 228 Euro für die Jahreskarte zahlen? Offensichtlich unterstützt die KPÖ aber nun doch ein Konzept, bei dem der bisher gewährte Extra-Bonus für Studierende, der Mobilitätsscheck, ersatzlos gestrichen wird und die Studierenden den gleichen Preis bezahlen sollen wie alle anderen. Habt ihr vergessen, dass 228 Euro für manche Studierende noch immer ein Problem darstellen? Vielleicht wäre es besser, andere Budgetansätze, die wir immer gemeinsam kritisiert haben, zu senken, - ich denke da an die Ordnungswache – und dafür den Mobilitätsscheck für Studierende beizubehalten. Liebe Elke, auf diese Fragen brauchst du heute Nachmittag eine Antwort, ich stelle nämlich entsprechende Abänderungsanträge und bin überzeugt davon, dass dieser Abänderungsantrag auch im Sinne der kommunistischen Partei sind. Fraglich ist nur, ob ihr den Antrag unterstützen werdet (*Applaus Grüne*).

Liebe Martina, ich weiß aus leidvoller eigener Erfahrung, dass es als kleine Partei schwierig ist, Erfolge bei Budgetverhandlungen zu erzielen. Wir konnten damals zumindest einen „Stabilitätspakt“ verhindern, eine Investitionsoffensive einleiten und den einen oder anderen wichtigen Budgetansatz, zum Beispiel das Frauenbudget, erhöhen. Und vor allem konnten wir einen realistischen AOG-Rahmen vereinbaren und vernünftig planen. Wir konnten mit Lisa Rücker bis zum Schluss der

Gemeinderatsperiode Projekte umsetzen. Jetzt sehe ich nur Planlosigkeit (*Applaus Grüne*).

Ich kann eure Handschrift in diesem Doppelbudget gar nicht finden. Oder vielleicht doch – vielleicht ist die dringend notwendige Erhöhung des Sozialbudgets auch euch zu verdanken. Ich persönlich habe allerdings eher den Eindruck, dass hier die Sachzwänge zunehmender Arbeitslosigkeit, zunehmender Armutsgefährdung und steigender Inanspruchnahme der Mindestsicherung traurige Fakten geschaffen haben, die die Erhöhung des Sozialbudgets unumgänglich machen. Falls du über diese Pflichtleistungen hinausgehende Leistungen für die benachteiligten Grazerinnen und Grazer ausverhandeln konntest, würde es mich sehr freuen. Aber eine Frage bleibt offen: Was ist mit der SPÖ passiert, dass sie in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und steigender Ungleichheiten vor allem ein Ziel hat: Sparen bei den öffentlichen Leistungen und Einhaltung des „Stabilitätspaktes“ (*Applaus Grüne*).

Und jetzt noch eine Frage an alle „Budgetpartner“ – von einer Koalition kann man ja wahrlich nicht sprechen: Gilt der „Stabilitätspakt“ eigentlich noch? Stimmt es, was Gerhard Rüschi bei der besagten Pressekonferenz behauptet hat, dass der mit der FPÖ geschlossene Pakt weiter gilt? Oder wird, wie von Elke Kahr bei der gleichen Pressekonferenz behauptet, aufgeknüpft und die Schulden steigen? Aber eigentlich ist das eine unwichtige Frage. Wesentlich wichtiger – und das ist meine Hauptkritik an diesem Doppelbudget - ist die nicht erkennbare gemeinsame Zielsetzung.

Wohin geht die Reise? Welche Aufgaben packen wir wann an? Wie schaut ein ehrlicher Finanzrahmen aus? Es macht wirklich keinen Sinn, eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, wie in diesem Budget enthalten, in der absolut kein Spielraum für neue Projekte vorhanden ist. Eine derartige Planung ist – wie bereits gesagt – ein Kartenhaus. Und Kartenhäuser sind leider nicht stabil! „Stabilitätspakt“ hin oder her (*Applaus Grüne*).

Vielleicht doch noch ein paar Details zum Kartenhausbudget: Ein Teil des Verkehrsfinanzierungsvertrages – die Zuzahlung der Stadt zu den laufenden Kosten – in Höhe von 18 Mio. Euro ist erstmals nicht budgetiert. Falls jemand nachschauen

will: Voranschlag 2015, Seite 364. Dieser Betrag findet sich auch nicht an anderer Stelle im städtischen Budget. Diesen Betrag soll in Zukunft die Holding selbst aufbringen. Wie, ist noch ungeklärt. Vielleicht beschließen wir einen Gebührenstopp bei Kanal und Abfall, verbilligen die Jahreskarte für den ÖV und erhöhen dafür andere Preise? Es sei aber auch erwähnt, dass diese 18 Millionen bei der konsolidierten Gesamtbetrachtung des Schuldenstandes natürlich nicht unter den Tisch gefallen sind, hier werden sie weiter berücksichtigt.

Anders die heute im Gemeinderat geplante Förderung des Franziskanerklosters in Höhe von einer Million Euro. Die ist nirgends berücksichtigt, weder als die eine Million heute, noch 4 Jahresraten in Zukunft. Ein Kartenhaus, ich sagte es schon.

Eine letzte Zahl: Gerade in Zeiten unsicherer Wirtschaftsentwicklung wurden früher Verstärkungsmittel eingeplant – meist nur 10 Millionen für alle Eventualitäten. Und im Budget 2015 und 2016: jeweils eine Million pro Jahr! Dieses Budget ist wirklich ein Kartenhaus: keine freien AOG-Mittel, nahezu keine Verstärkungsmittel, aber viele ungelöste Fragen (*Applaus Grüne*).

Wir brauchen tragfähige Konzepte für die Zukunft, für eine Zukunft im Sinne der Grazerinnen und Grazer. Eine Zukunft mit besserer Grazer Luft, mit mehr Grünraum, eine Zukunft ohne Schulcontainer, und eine Zukunft mit verantwortungsbewussten PolitikerInnen. Dafür stehen wir Grünen, aber nicht für dieses Doppelbudget (*Applaus Grüne*).

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme jetzt zu den angekündigten Abänderungsanträgen. Derer gibt es vier, zwei kennen Sie bereits aus dem Vorjahr, zwei sind neu:

Der erste ist ein rein formaler, Sie kriegen die Anträge noch alle schriftlich. Ich finde es einfach untragbar, dass wir Wirtschaftsplänen zustimmen sollen, die wir gar nicht kennen. Drei Kennzahlen sind uns Grünen zuwenig. Wir wollen mehr über unsere Beteiligungen wissen. Was geschieht in der Holding, in der GBG und in der Messe? Was planen die anderen Beteiligungen? Wir können Wirtschaftsplänen erst zustimmen, wenn wir sie gelesen haben. Für manche mag das anders sein, für uns

nicht. Deshalb stelle ich folgenden Abänderungsantrag jeweils zu den Voranschlägen 2015 und 2016: Der Satz „Die Stimmrechtsermächtigungen für die Generalversammlungen beziehungsweise Vollmachten zur Fertigung der betreffenden Umlaufbeschlüsse für die Wirtschaftspläne 2015 beziehungsweise 2016 der einzelnen Gesellschaften, die diesen Kennzahlen entsprechen, gilt hiermit gemäß Statut erteilt.“ Dieser Satz ist ersatzlos zu streichen.

Mein zweiter Abänderungsantrag wird keine große Überraschung darstellen. Es geht wieder einmal notwendigerweise um eine Reduktion der Parteienförderung auf ein sinnvolles Maß. Daher stelle ich folgenden Abänderungsantrag:

Die im Voranschlag 2015 auf Seite 533 angeführte Subvention an politische Parteien wird auf einen Gesamtbetrag von 1.509 reduziert.

Die dadurch eingesparte Summe von 764.000 wird für den Ausbau der SozialCard, Martina, da werden Gelder, Ausweitung der BezieherInnengruppen, Ausweitung der Leistungen, hier insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut, zweckgewidmet (*Applaus Grüne*).

Sinngemäß das Gleiche wie 2016.

Der dritte Abänderungsantrag bezieht sich auf die schon ausgeführte ungerechte Preisgestaltung bei der Jahreskarte. Dieser Abänderungsantrag lautet:

Der Mobilitätscheck für Studierende soll unter Beibehaltung der derzeitigen Rahmenbedingungen auf 100 Euro Zuzahlung für eine ÖV-Jahreskarte erhöht werden. Die dafür benötigten Mittel in der Höhe von rund 600.000 Euro sind unter der Kennziffer 1.69000 einzustellen. Im Zusammenhang damit ist die Voranschlagsposition Ordnungswache, Teilabschnitt 11900, um 600.000 zu reduzieren (*Applaus Grüne*). Sinngemäß das Gleiche wie 2016.

Im vierten und letzten Abänderungsantrag geht es darum zu verhindern, dass die alten Euro-3-Busse noch viele Jahre in Graz eingesetzt werden. Der Abänderungsantrag dazu lautet demgemäß:

Der Wirtschaftsplan der Holding Graz für das Jahr 2015 und die Mehrjahresplanung bis 2019 ist so zu gestalten, dass die rund 85 Euro-3-Busse, Baujahre 2003-2006, nicht

erst in den Jahren 2018 bis 2020, sondern bereits in den Jahren 2015 bis 2017 durch neue abgasarme Busse ersetzt werden. Die dafür notwendigen Investitionsvorgaben für die Holding sind entsprechend anzupassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche euch schon jetzt um die Annahme dieser Anträge, damit zumindest einige wichtige Anliegen, die in diesem Budget leider unter den Tisch gefallen sind, im Sinne der Grazer und Grazerinnen doch noch umgesetzt werden können.

Abschließend bedanke ich mich sehr herzlich bei Finanzdirektor Karl Kamper und seinem ganzen Team für die wie immer ausgezeichnete und umfangreiche Arbeit und für viele spannende Diskussionen zu diesem Budget.

Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Philip Pacanda wird der nächste Redner sein, vorher möchte ich aber ein paar Gäste auf unserer Galerie im Besonderen begrüßen. Steirischer Landtag, Frau Abgeordnete Alexia Getzinger und Herr Abgeordneter Schönleitner, herzlich willkommen so wie auch unser ehemaliger Kollege aus dem Gemeinderat, Herr Schmalhardt, schön, dass du da bist (*allgemeiner Applaus*).

## **PIRATENPARTEI**

### **Gemeinderat Philip P A C A N D A**

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierungsmitglieder, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, lieber Herr Bürgermeister!

Die Stadt Graz hat lange gezittert, ob ein neues Budget zustande kommt, ob es eine Mehrheit finden wird, nachdem die FPÖ wissentlich den Stabilitätspakt aufgekündigt hat. Die ersten Verhandlungen, die dann wieder mit FPÖ und Grünen geführt wurden, haben zu keinem Ergebnis geführt, manchmal hat man gemunkelt, ob möglicherweise die Piraten das Zünglein an der Waage sein dürfen, sein können, sein müssen. Es gelang aber dann, eine Einigung zu finden mit der KPÖ, um zu einer stabilen Mehrheit zu kommen. Trotzdem wurde aber eben mit uns auch weiter verhandelt und da möchte ich mich auch herzlich bedanken und auch gleich mit diesem Danke anfangen und möchte mich bedanken bei der ÖVP, der SPÖ, der KPÖ sowie der Magistratsdirektion, der Präsidentsabteilung und der Finanzdirektion für die guten Informationen und für die offene und transparente und so transparent wie mögliche Art und Weise, uns da einzubinden, dankeschön.

Nun gibt es also ein Doppelbudget für Graz und es sind viele Dinge darin, die absolut begrüßenswert sind und ich möchte da ein paar Dinge einmal aufzählen anfangen und beginnen möchte ich mit den Gemeindewohnungen. Es ist ganz wichtig, dass es wieder leistbares Wohnen und mehr leistbares Wohnen für die Grazer Bevölkerung gibt und weiteres geschaffen wird. Aus unserer Sicht sollte ein spezielles Augenmerk dabei dann auch auf die jungen Grazerinnen und Grazer gerichtet werden, um für sie auch ein passendes Angebot zu bilden. Weil gerade als Studierendenstadt muss man natürlich dort die Angebote bilden, weil nach einem anstrengenden Tag auf der Uni, einem tollen Ausklang im Uni-Viertel am besten ohne Sperrstunde, muss man auch schlafen.

Auch die Einführung eines günstigeren Jahres-Tickets ist ein sehr guter Ansatz aus unserer Sicht, um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten und für alle leistbarer zu machen. Wir sind jetzt mit diesem 228-Euro-Ticket österreichweit auf Platz eins mit dem Preis, leider noch nicht auf Platz eins mit dem Streckennetz und noch nicht auf Platz eins mit den Ausbauplänen.

Ebenso erfreulich ist, dass es keine Kürzungen im Sozialbereich beziehungsweise Kunst- und Kulturbereich gegeben hat, sondern dass sogar mehr Geld teilweise zur Verfügung steht. Aus unserer Sicht hoffen wir, dass die kleine Kunst und die kleine Kunst und Kultur davon profitiert und nicht so sehr in Großprojekte investiert wird und in die sogenannte Hochkultur.

Auch die Kürzung der Parteienförderung beziehungsweise der Klubförderung, die im neuen Budget verankert worden ist, ist eine zentrale Forderung von uns und ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Leider ist es halt nur, sage ich einmal, auch im ersten Jahr angedacht und nicht sozusagen im zweiten Jahr wiederum zu reduzieren, weil in manchen Abteilungen reduzieren wir auch Jahr für Jahr, es wäre schön gewesen, wenn wir da auch mit gutem Beispiel vorangehen und vielleicht Jahr für Jahr uns ein wenig weniger geben.

Ein weiterer Punkt, der uns positiv gefallen hat, ist, dass es zu keinen Erhöhungen bei den Müll- und Kanalgebühren kommt. Es ist eine ebenso begrüßenswerte Entlastung für die strapazierten Geldbörsen der Grazerinnen und Grazer.

Natürlich gibt es bei so einem großen umfangreichen Budget von mehreren tausend Seiten natürlich auch Wehrmutstropfen und wir haben in diesem Budget nicht den Mut gefunden und nicht den Mut entdeckt, dem öffentlichen Verkehr den Status einzuräumen, der ihm gebührt und in dem Budget findet sich eben außer ein paar kleineren Projekten kein umfassendes Verkehrskonzept, kein umfassender Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der für uns persönlich absoluten Vorrang haben müsste. Das ist bedauerlich, da eben Graz auch eine der Feinstaubhochburgen in Europa ist und allein diese billigere Jahreskarte uns nicht ausreicht. Nicht umsonst haben wir den blauen Brief aus der EU bekommen und wir haben es eh schon so kurz so

zwischen ein paar einzelnen Reden so herausgehört und das ist auch die Befürchtung, was jetzt wieder kommen wird, Diskussionen über Umweltzonen, über City-Maut und dergleichen, das wird jetzt bestimmt wieder kommen. Die Lösung meines Erachtens liegt aber eben nicht in irgendeinem Verbot, sondern im Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Uns ist bewusst, dass es schwer ist, diese Mittel zu finden, aber es ist uns einfach zuwenig berücksichtigt worden im Budget. Schön ist allerdings zu erwähnen, dass man jetzt im Rathaus das Wort Nahverkehrsfinanzierung oder auch Nahverkehrsabgabe laut aussprechen darf...

***Zwischenruf StR.<sup>in</sup> Kahr: Wir sprechen das schon seit 15 Jahren laut aus.***

GR. **Pacanda:** Ja, bei manchen Parteien ist es noch nicht so angekommen, weil einzig zum Beispiel die FPÖ hat leider noch nicht erkannt, dass das eben auch der Wirtschaft dienen könnte. Das ist sehr schade. Ein weiterer Kritikpunkt aus unserer Sicht sind die steigenden Ausgaben für die Ordnungswache, ist zwar in Relation jetzt zum Gesamtbudget von 1,8 Millionen, die Ordnungswache, eine Milliarde, natürlich relativ wenig, ein kleiner Budgetposten, aber es ist für uns eine überflüssige Ausgabe, die hauptsächlich dazu dient, hinterfragenswerte Verbotszonen zu überwachen und da stellt sich die Frage, brauchen wir die Alkoholverbotszone am Hauptplatz? Am Standl darf getrunken werden, ein Meter daneben nicht oder so wie jetzt gerade aktuell ist es sowieso erlaubt, weil die Glühweinstände da sind oder wenn die Stadt Graz natürlich feiert, ist es auch erlaubt. Und da erlaube ich mir die Frage zu stellen, ob wir vielleicht nicht noch einmal gemeinsam darüber nachdenken sollten, ob es nicht andere Lösungen gibt, um Liegenlassen von Hundekot, Wegwerfen von Zigarettenkippen, Radfahren in Grünanlagen, Taubenfüttern, Anstandsverletzungen

und Bettelei abzustrafen, sondern möglicherweise gibt es andere Lösungen dafür. Vielleicht könnte man den Stadtpark auch öffnen für Radfahrerinnen und Radfahrer. Es sollte, wie die Kollegin von der SPÖ vorher gesagt hat, eine Stadt der Möglichkeiten sein und nicht der Verbote. Und sind wir einmal ehrlich zu uns, uns fehlt es ja eigentlich an der Polizei und nicht an der Ordnungswache. Und mir ist es bewusst, dass es nicht einfach möglich ist, diese Gelder, die wir jetzt in die Ordnungswache investieren, der Polizei direkt zu geben, das ist einfach nicht möglich, damit wir einfach mehr Polizisten in Graz hätten. Was aber wichtig ist, wir haben einfach ein Problem, das wir gemeinsam haben, das ist der gemeinsame Missstand und auf diesen Missstand müssten wir viel intensiver hinweisen, damit wir auch die Gelder für die Polizei in Summe erhöhen könnten. Und dass wir nicht den einen schlechten Weg aus unserer Sicht machen, und zwar eine Privatisierung der Sicherheit, und das ist aus unserer Sicht aktuell durch diese immer weiter steigenden Mittel für die Ordnungswache einfach ein Weg, der sich abzeichnet, nicht nur bei uns in Graz, sondern leider auch europaweit. Und diesen Weg wollen wir nicht unterstützen, sondern wir hätten viel lieber gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten auf der Straße als private Sicherheitsdienste.

Die Reduktion der Parteienförderung habe ich schon kurz erwähnt. Wie gesagt, es ist zwar nett, es ist eine kleine kosmetische Korrektur, es sind 34.500 Euro, ich habe es auch ausgerechnet, wir sind halt noch immer in Europa, Europameister und Vizeweltmeister auf der ganzen Welt nach Japan, was die Höhe der Parteienförderung, was Österreich in Summe betrifft. Sollten wir mit gutem Beispiel vorangehen, weil eigentlich bedienen sich die Parteien da doch in Summe schamlos am Steuertopf, auf der gleichen Seite ist es irgendwie für die Bürgerin, für den Bürger eine Pflanzerei, weil die regelmäßig mit Einsparungen zu kämpfen haben. Hier muss dringend nachgebessert werden, wir sollten da als Stadt Graz mit gutem Beispiel vorangehen und freiwillig wieder auf den Stand von 2012 zurückkehren. Ich hätte auch gleich eine Idee, was man mit dem eingesparten Geld machen könnte, weil zum Beispiel könnten wir es als Bürgerinnen- und Bürgerbudget in den Bezirken

verwenden und da direktdemokratische Möglichkeiten schaffen. Natürlich ist es nicht einfach, das Budget einer Stadt mit einer Größenordnung der Stadt Graz wirklich transparent zu machen, das ist sehr schwierig, Interessierte können die Zusammenhänge schwer nachvollziehen und schwer verstehen.

Ein großer Teil dieser Intransparenz und Unübersichtlichkeit, auch wie es der Kollege Wohlfahrt da schon vorher gesagt hat, ist auch durch das undurchsichtbare Geflecht der ausgelagerten Betriebe. Wir selbst haben einen sehr geringen Einblick und wie man auch anhand von Gebührenerhöhungen, die uns auch wieder drohen, sieht, auch einen sehr geringen Einfluss teilweise. Da fällt es schwer, einem Budget zuzustimmen, dass man einfach bis ins letzte Detail nicht durchblicken kann und wie es bei uns jetzt auch schon üblich ist, wir suchen so kleine Einzelsachen heraus, sonstige Ausgaben beziehungsweise sonstige Leistungen kommt 180-mal im Budget vor. Und es ist einfach nicht nachvollziehbar, was man genau darunter verstehen kann. Wir haben die Möglichkeit, dass wir nachfragen können und das möchte ich noch einmal betonen, es hat sehr gut funktioniert. Für Außenstehende ist es natürlich einfach nicht möglich, hier nachzufragen und zu sagen, ok, da wäre halt wirklich eine größere Detailtiefe wünschenswert.

Nach dem vorliegenden Budgetvorschlag will die Stadt Graz in Zukunft den Schuldenstand, wie wir gehört haben, eben von 1,1 auf 1,3 bis vielleicht 1,5 Milliarden erhöhen. Das betrachten wir selbst mit gemischten Gefühlen, wir sind der Meinung, man sollte gut darauf Bedacht nehmen, Schulden abzubauen und eben auch nachfolgende Generationen zu entlasten.

Auch schon erwähnt heute der Finanzausgleich der Stadt Graz, dass wir hier sehr stark benachteiligt sind und andererseits ist es natürlich auch wichtig, dass wir in notwendige Infrastruktur investieren, das würde mittelfristig und langfristig die Lebensbedingungen für Graz natürlich verschlechtern und wie vorher auch schon gesagt, ist auch für die Umlandgemeinden, weil wenn wir hier nicht investieren, die Umlandgemeinden nutzen ja auch davon.

Das vorliegende Budget ist trotz aller Mängel aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Es bleiben viele Dinge intransparent, besonderes Beispiel eben die Holding auch. Es fehlt das umfassende Verkehrskonzept. Verkehrsplan für die nächsten Jahre, die sehen wir nicht. Einzelnen Punkten des Budgets könnten wir vorbehaltlos zustimmen, wie bereits zuvor erwähnt, aber leider eben nicht dem gesamten Budget. Daher haben wir nach langen intensiven internen Beratungen beschlossen, dem Budget in Summe nicht zuzustimmen. Ich möchte mich aber nochmals ausdrücklich für die gute, und wie gesagt, aus unsere Sicht offene, ehrliche und so transparent wie mögliche Einbindung in die Gespräche bedanken. Es hat sich bei den Verhandlungen ja auch gezeigt, dass wir bei manchen Punkten, wie zum Beispiel am Live-Streaming oder mehr Transparenz aus dem Gemeinderat, sogar gemeinsam auf der Suche nach Lösungen sind und diese in Griffreichweite wären. Zusammengefasst ein gutes Budget, aber kein perfektes Budget. Dankeschön.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Herr Gemeinderat. Ich habe jetzt folgende Anmerkung noch zu machen: Zum noch offenen Finanzausschuss, den werden wir bitte erst dann tagen lassen, wenn wir auch die Budgetstücke behandelt haben. Wir machen jetzt eine Pause bis 13.00 Uhr und fahren danach mit den Spezialdebatten fort. Also wir unterbrechen jetzt bis 13.00 Uhr.

***Unterbrechung des Gemeinderates von 11.40 Uhr bis 13.05 Uhr.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren! Ich darf die Gemeinderatssitzung jetzt wieder eröffnen und fortsetzen. Wie Sie wissen, haben wir schon seit vielen, vielen Jahren den schönen Brauch, dass uns der Grazer Bauernbund auch in der Pause des Budgets mit einem Sackerl voller Äpfel beglückt, die Idee geht ja zurück auf den verstorbenen Gemeinderat außer Dienst Peter Fauster und ich möchte mich beim Bauernbund auch für diese Apfelkostprobe wieder ganz, ganz herzlich bedanken (*allgemeiner Applaus*). Wir kommen jetzt zur Spezialdebatte. Auch hier geht es wieder nach Klubstärke, beginnen darf ich mit der ÖVP. Herr Gemeinderat Stefan Haberler. Redezeit jeweils zehn Minuten.